

Partnerschaft auf Augenhöhe?

Die Rolle Chinas in Afrika.



Impressum

Bonn, November 2014

Herausgeber:

SÜDWIND – Institut für
Ökonomie und Ökumene
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel.: +49 (0)228-763698-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

Bankverbindung:

KD-Bank
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC: GENODED1DKD

AutorInnen:

Friedel Hütz-Adams, David Hummel,
Irene Knoke

Redaktion und Korrektur:

Peter Kannen, Mara Mürlebach,
Vera Schumacher, Patricia Weykopf

V.i.S.d.P.: Martina Schaub

Gestaltung und Satz:

www.pinger-eden.de

Druck und Verarbeitung:

Brandt GmbH, Bonn,
gedruckt auf Recycling-Papier

Titelfoto:

Terrie Schweitzer/Flickr.com

ISBN: 978-3-929704-87-7

Gefördert durch den Evangelischen
Kirchenverband Köln und Region und die
Evangelische Kirche im Rheinland.

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein
verantwortlich.

Inhalt

1	Einführung	3
2	Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und Afrika – ein Überblick	4
3	China als neuer Akteur in der Entwicklungspolitik	7
	3.1 Die Strategie Chinas und Süd-Süd-Kooperation	7
	3.2 Wie ist Chinas Strategie zu bewerten?	9
4	Schlüsselsektoren des chinesischen Engagements in Afrika	11
	4.1 Afrikanische Rohstoffe - chinesische Weiterverarbeitung	11
	4.2 Infrastruktur	14
	4.3 Chinas Investitionen in Afrikas Industrie	18
5	Bewertung: Welche Entwicklungsimpulse werden gesetzt?	21
	Literaturverzeichnis	24

Abkürzungsverzeichnis

BRICS	Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika
FOCAC	Forum für China-Afrika Kooperation
IWF	Internationaler Währungsfonds
KMU	Kleine und Mittlere Unternehmen
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
SWZ	Sonderwirtschaftszonen
UN	United Nations – Vereinte Nationen

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL
im Auftrag des



Gefördert durch:





Die VertreterInnen der BRICS-Gruppe auf dem G20-Gipfel im September 2013 in Russland, Foto: Blog do Planalto/Flickr.com

1 Einführung

Eine ganze Reihe aufstrebender Schwellenländer konnte in den vergangenen Jahren enorme Wachstumsraten verzeichnen und so eine immer größere Bedeutung, auch in der Weltwirtschaft, erlangen. Die traditionellen Wirtschaftsmächte sind zwar weiterhin führend, doch hat sich die Gewichtung verschoben. Die zunehmende wirtschaftliche Bedeutung der neuen Mächte findet in den weltweiten politischen Foren und Institutionen bislang noch keine angemessene Entsprechung. China hat zwar einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (United Nations - UN), für andere große Schwellenländer wie Indien oder Brasilien trifft das allerdings nicht zu. Auch in den Gremien von Weltbank oder Internationalem Währungsfonds (IWF) sind sie bislang nicht angemessen vertreten.

Um ihren Einfluss zu erhöhen, haben sich die Länder Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika (nach ihren Anfangsbuchstaben BRICS genannt) auch als Gruppe institutionalisiert. Sie treffen sich regelmäßig und ihre Zusammenarbeit gipfelte bei ihrem Jahrestreffen 2014 in der Gründung zweier gemeinsamer Finanzinstitutionen, die bewusst als Gegenpol zu den westlich dominierten Finanzinstitutionen IWF und Weltbank zu sehen sind. Obwohl die Länder sehr unterschiedlich sind, wird in vielen Analysen die Gruppe der BRICS als Ganzes in Augenschein genommen. Ihr Anteil an den global getätigten ausländischen Direktinvestitionen betrug im Jahr 2000 beispielsweise lediglich 1 %, 2012 lag er bereits bei knapp 10 %. Ein Viertel der ausländischen Direktinvestitionen, die in Afrika getätigt wurden, ging auf die BRICS zurück (vgl. UNCTAD 2013a: 6).

Die Staaten bauen bei ihrer Unterstützung der armen Länder auf die sogenannte „Süd-Süd-Kooperation“, auch dies durchaus als bewusster Gegenpol zu den als paternalistisch empfundenen „Nord-Süd-Beziehungen“. Prinzipien von Solidarität, Kooperation auf Augenhöhe sowie der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten werden dabei vor allem von China immer wieder betont. Insgesamt spielt China innerhalb der Gruppe der BRICS eine dominante Rolle. China ist auch nicht wirklich ein „neuer Geber“. Bereits zu Zeiten des Kalten Krieges hat China in Afrika seine Interessen gewahrt und Entwicklungshilfe geleistet. Seit der Jahrtausendwende hat China sein Engagement in Afrika deutlich ausgeweitet.

Immer wieder ist China für dieses Engagement in die Kritik geraten. Gerade die Politik der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten stand und steht häufig im Zentrum dieser Kritik, insbesondere da, wo Regime unterstützt werden, die menschenrechtliche Grundprinzipien missachten oder demokratisch nicht legitimiert sind. Bei der Analyse wird aber schnell deutlich, dass es „das eine China“ nicht gibt. Unterschiedliche Akteure haben unterschiedliche Interessen und setzen unterschiedliche Akzente. Umgekehrt gibt es aber auch „das eine Afrika“ nicht. Der Kontinent ist heterogen, selbst innerhalb vieler Landesgrenzen. Daher stellt sich die Frage, welche Rolle das verstärkte Engagement Chinas auf dem afrikanischen Kontinent spielen kann und wo Entwicklungsimpulse gesetzt werden.

Die Studie ist in fünf Teile gegliedert: Nach dieser Einführung gibt Kapitel 2 einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und Afrika in den vergangenen Jahren. Während dieses Kapitel auf Zahlen fokussiert ist, soll Kapitel

3 die Rolle Chinas als Akteur in der Entwicklungsagenda eher qualitativ beleuchten. Kapitel 4 gibt dann stärkere Einblicke in drei Sektoren, die die Zusammenarbeit zwischen China und Afrika in besonderer Weise prägen: (metallische) Rohstoffe, Infrastruktur und In-

dustrie. Es werden positive und negative Aspekte beleuchtet, so dass im abschließenden Kapitel 5 eine Bewertung darüber erfolgen kann, welchen Nutzen und welche Gefahren sich hinter dem Engagement Chinas für die Entwicklung Afrikas verbergen.

Eine Reihe weiterer bei SÜDWIND erschienener Studien beschäftigt sich mit dem Aufstieg der Volksrepublik China in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit (siehe z.B. Morazan/Müller 2014). Ferenschild (2014) beleuchtet beispielsweise sehr konkret den Baumwoll- und Textilsektor in Afrika. Diese Studie, gemeinsam mit den verschiedenen Fact-Sheets zu Baumwolle und einzelnen Länderbeispielen, sollen die hier aufgeführten Informationen ergänzen. Gerade der vertiefte Blick in nur einen Bereich, die Baumwoll- und Textilproduktion, zeigt, wie sehr die verschiedenen Investitionsbereiche Chinas miteinander in Verbindung stehen.

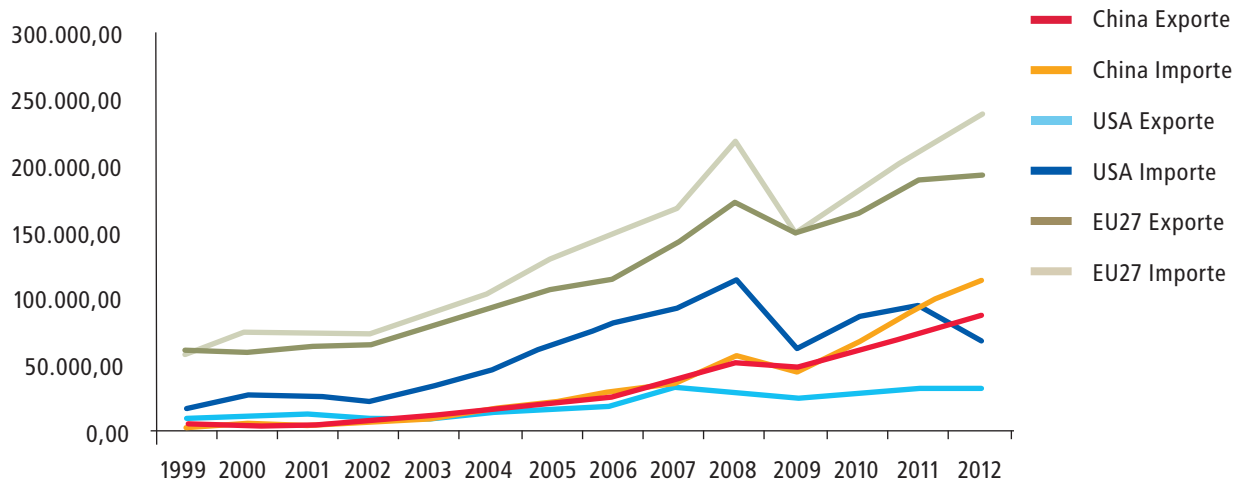
2 Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und Afrika – ein Überblick

Ein Blick auf die Entwicklung der Handelsströme belegt die immer wichtigere Rolle der aufstrebenden Wirtschaftsnationen der BRICS-Staaten. So stieg ihr Anteil am Welthandel (ohne Südafrika) von etwa 8 % im Jahr 2000 auf derzeit knapp 20 % (vgl. IWF 2011: 9). Die Investitionen und die wachsende Bedeutung der BRICS als Handelspartner von Ländern mit niedrigem Einkommen ist hier von besonderem Interesse, da diese entscheidend für die Entwicklungsdynamik dieser Länder sind. Die Exporte dieser Ländergruppe in die BRIC-Staaten (ohne Südafrika) wuchsen von 15 Mrd. US-Dollar im Jahr 2000 auf 61 Mrd. US-Dollar im Jahr 2009 (vgl.

IWF 2011: 11). In diesem Zusammenhang ist auch das zunehmende Engagement Chinas in Afrika zu sehen.

Im Jahr 2011 verdrängte die Volksrepublik China die USA als größten nationalstaatlichen Handelspartner des afrikanischen Kontinents (vgl. Tapula 2013:19). Dabei ist das Handelsvolumen zwischen China und Afrika in den letzten 10 Jahren regelrecht explodiert und belief sich 2012 auf rund 200 Mrd. US-Dollar. Allein zwischen 2009 und 2012 hat China seine Exporte fast verdoppelt, die Importe sogar fast verdreifacht (siehe Grafik 1).

Grafik 1: Exporte und Importe verschiedener Handelspartner nach und aus Afrika (in Mio. US-Dollar)



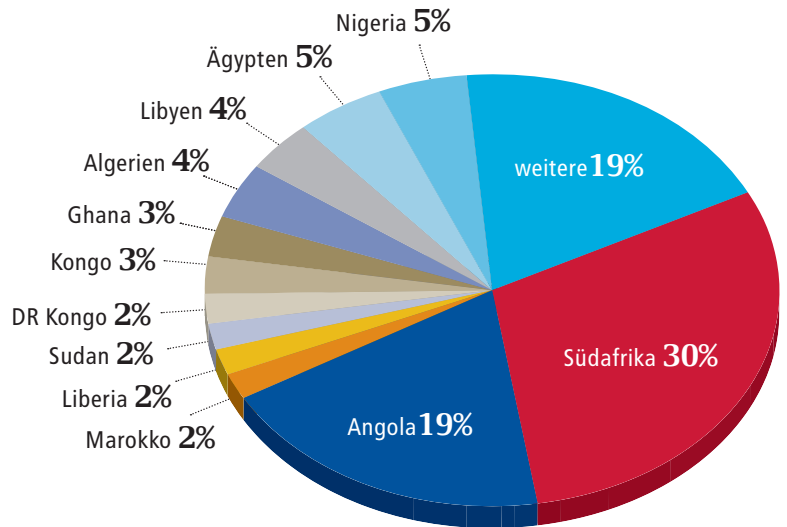
Die Handelsströme zwischen China und Südafrika sind dabei vom Umfang her nach wie vor die größten und stiegen allein zwischen 2011 und 2012 von ca. 45 Mrd. US-Dollar auf ca. 60 Mrd. US-Dollar. Es folgen Angola (mit einem Handelsvolumen von 37,5 Mrd. US-Dollar 2012), Nigeria (10,6 Mrd. US-Dollar) und Ägypten (9,5 Mrd. US-Dollar) (siehe Grafik 2). Im Vergleich dazu lag das Handelsvolumen der EU mit Südafrika 2012 bei 58 Mrd. US-Dollar, mit Angola bei ca. 22 Mrd. US-Dollar und mit Nigeria bei ca. 57 Mrd. US-Dollar (GTIS 2013). Aber das Engagement Chinas ist breit gefächert und auch die Handelsvolumina mit einigen anderen afrikanischen Staaten wie Tansania oder Ruanda, haben sich, allerdings von einem niedrigeren Ausgangspunkt aus, zwischen 2009 bis 2012 mindestens verdoppelt.

Bei seiner letzten Afrikareise im Mai 2014 hat der Premierminister Chinas, Li Keqiang, ein fortlaufendes Engagement Chinas in Afrika nochmals bekräftigt. So solle das Handelsvolumen zwischen China und Afrika bis 2020 auf 400 Mrd. US-Dollar ansteigen. Der rapide Zuwachs des Handels und die Wichtigkeit Chinas als Handelspartner afrikanischer Staaten sollten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass dem Handel mit Afrika aus chinesischer Perspektive nur eine kleine Rolle zukommt und derzeit lediglich 5 % des gesamtchinesischen Handels ausmacht (vgl. Kim 2014: o.S.).

Bei genauerer Betrachtung der Handelswaren fällt auf, dass China hauptsächlich unverarbeitete Waren aus Afrika importiert. Dabei entfiel 2012 ein Anteil von 48 % auf Rohöl, gefolgt von 26 % länderspezifischen Förderprodukten (bspw. Gold aus Tansania, Baumwolle aus Mali oder Kupfer aus der Demokratischen Republik (DR) Kongo) und 7 % Eisenerze. Dabei machen die zehn meist gehandelten Produkte - allesamt Rohstoffe - bereits 90 % der chinesischen Importe aus Afrika aus. Die Struktur der Importe aus Afrika in die EU weist allerdings – wenn auch weniger stark ausgeprägt - vergleichbare Merkmale auf (vgl. Grafik 3).

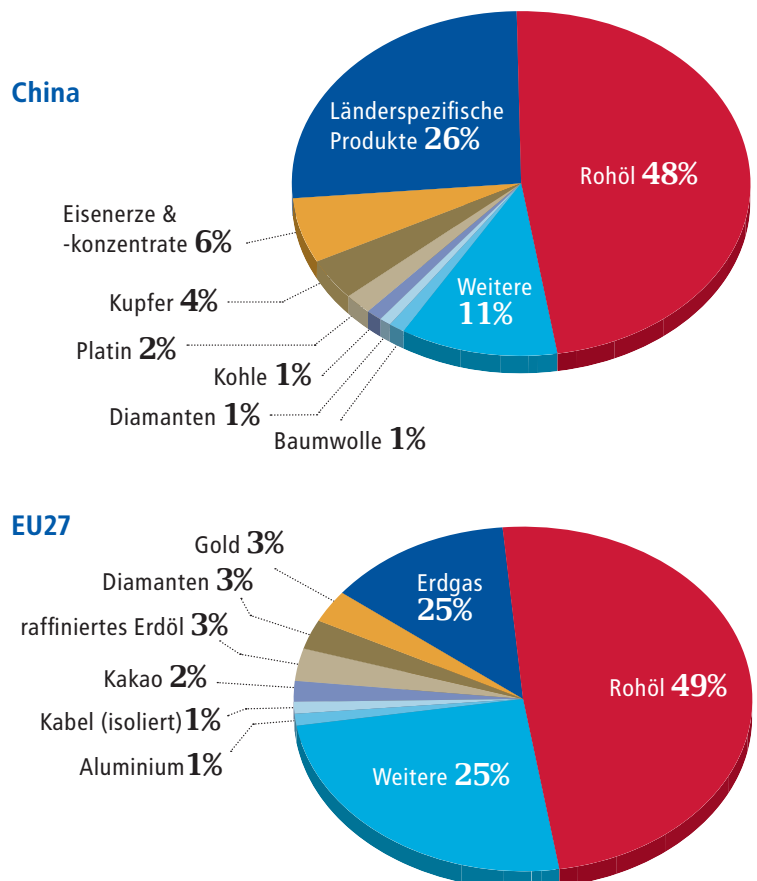
Dazu im Kontrast stehen Chinas Exporte nach Afrika. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um fertig verarbeitete Produkte, von Frachtschiffen über Klimaanlage bis zu Schuhwerk, Plastikartikeln und Telekommunikationsausrüstung. Das Angebot ist breit gefächert: Die zehn meist gehandelten Produktgruppen machen lediglich 22 % der Exporte aus, und selbst die 50 meist gehandelten Produktgruppen kommen nur auf 53 % der Gesamtexporte (GTIS 2013). Zusammengefasst bedeutet das: China importiert ein relativ kleines Spektrum an unverarbeiteten Rohstoffen und bringt im Gegenzug eine riesige Bandbreite an fertig verarbeiteten Produkten auf die afrikanischen Märkte. Das

Grafik 2: Chinas größte Handelspartner in Afrika im Jahr 2012



Quelle: GTIS 2013

Grafik 3: Importprodukte Chinas und der EU aus Afrika (in % des Handelsvolumens)



Quelle: GTIS 2013



Schuhverkauf in Kigali/Ruanda, Foto: Adam Cohn/Flickr.com

hat zur Folge, dass viele Produkte zu niedrigen Preisen angeboten werden und sich die Produktpalette auf afrikanischen Märkten deutlich vergrößert hat, andererseits verdrängt die billige Konkurrenz aus China lokale ProduzentInnen von den heimischen Märkten. Diese Entwicklungen wurden beispielsweise in der Textilindustrie in Kenia, Südafrika und Sambia beobachtet (vgl. Dhliwayo 2012: o.S.).

China investiert in Rohstoffe und lukrative Absatzmärkte

Die Datenlage zu chinesischen Investitionen in Afrika ist schlecht. Die fehlende Transparenz und eine komplizierte Einteilung der Geldströme in Investitionen, Entwicklungsgelder, Kredite etc. machen es schwer, ein klares Bild zu zeichnen. Chinesische Investitionsgelder, die über Steueroasen wie die Kaimaninseln oder Hongkong geleitet werden, Gelder von Kleininvestoren und Zahlungen im Rahmen von Unternehmensübernahmen werden nicht erfasst, was dazu führt, dass die offiziellen Zahlen des chinesischen Wirtschaftsministeriums meist zu niedrig angesetzt sind (vgl. Bräutigam 2013: o.S.).

Laut offizieller Angaben belief sich der Bestand ausländischer Direktinvestitionen in Afrika im Jahr 2012 auf ca. 21 Mrd. US-Dollar. Allein zwischen 2009 und 2012 hatte er einen jährlichen Zuwachs von über 20 % zu verzeichnen (vgl. The People's Republic of China 2013: o.S.). Bezogen auf den Gesamtbetrag chinesischer Auslandsdirektinvestitionen im Jahr 2012 (509 Mrd. US Dollar), ist der Anteil der Investitionen in Afrika mit 4,1 % jedoch relativ gering. Die Annahme, chinesische Investitionen dominierten afrikanische Märkte, ist

ebenfalls falsch. Die Investitionsbestände Frankreichs, der USA und Großbritanniens sind mit jeweils rund 60 Mrd. US-Dollar ca. dreimal so groß wie die Chinas (UNCTAD 2012; OECD 2012). China ist also nicht der größte Investor in Afrika, verringert den Abstand zur Spitze allerdings schnell.

Chinas Triebkraft bei den Direktinvestitionen ist der steigende Rohstoffbedarf, um das rasante Wachstum der heimischen Ökonomie von 8-10% pro Jahr aufrecht zu halten. Afrika wird in diesem Zusammenhang eine zunehmend wichtige Rolle als Rohstofflieferant Chinas spielen (vgl. Cissé / Kim 2013: 14). Um sich den Zugang zu den Rohstoffen zu sichern, greift China in rohstoffreichen Ländern häufig auf eine unter dem Namen „Angola-Modell“ bekannte Kreditvergabe zurück: Hierbei handelt es sich um Kredite, die von der staatlichen Entwicklungsbank China Exim-Bank (Export-Import Bank of China) für konkrete Maßnahmen vergeben werden, z.B. den Bau von Krankenhäusern, Straßen, Häfen etc.. Durchgeführt werden diese Maßnahmen oft von chinesischen Unternehmen, die hierfür teilweise auch ihr eigenes Personal mitbringen. Im Gegenzug erhält China die Zusicherung von Rohstofflieferungen oder Abbaulizenzen, mittels derer der Kredit abbezahlt werden kann (vgl. Sun 2014: 8).



Chinesische Investition: Bau einer Straße zwischen Dolisie und Pointe Noire in der Republik Kongo, Foto: Jbdodane/Flickr.com

Darüber hinaus stellen wachsende afrikanische Märkte, zusammen mit einer positiven demographischen Perspektive, ein lukratives Geschäft für ausländische Firmen dar. Die ausländischen Direktinvestitionen in verbraucherorientierte Industrien und Dienstleistungen, z.B. in die Getränke- und Nahrungsmittelherstellung, die Lederproduktion oder Fahrzeugherstellung, steigen kontinuierlich und machen mittlerweile knapp ein Viertel der gesamten Direktinvestitionen aus (vgl. UNCTAD 2013: 39ff). Dieser Trend spiegelt sich auch in chinesischen Investitionen wider. Längst sind diese nicht mehr auf den Ressourcenabbau reduziert, sondern umfassen den Dienstleistungssektor (Telekommunikation, Strom- und Wasserversorgung),

das produzierende Gewerbe (Schuhherstellung, Nahrungsmittelverarbeitung, Textilherstellung) und Infrastrukturprojekte (Straßen- und Wohnungsbau, Schienennetz). Der Umfang der Investitionen in den Ressourcenabbau und in Infrastruktur ist zwar am größten, da diese meist von den großen staatlichen Firmen getätigt werden und es sich um kapitalintensive Großprojekte handelt, jedoch existiert eine große und wachsende Anzahl privatwirtschaftlicher Investitionen in die Dienstleistungs- und Industriesektoren (vgl. IWF 2011: 18f.). Derzeit sind über 2.000 chinesische Firmen auf dem afrikanischen Kontinent aktiv (vgl. FOCAC 2012b: o.S.).

Entwicklungsgelder und Direktinvestitionen – die Grenzen sind fließend

Den Rahmen für den Ausbau der sino-afrikanischen Beziehungen bildet das im Jahr 2000 ins Leben gerufene Forum für China-Afrika Kooperation (FOCAC). Ziel dieser Ministerialkonferenz ist es, die ökonomische, politische und entwicklungsbezogene Zusammenarbeit zu stärken (vgl. FOCAC 2014: o.S.). Hierin zeigt sich auch die enge Verflechtung von chinesischer Entwicklungszusammenarbeit mit kreditgestützter Wirtschaftsförderung und der Verfolgung eigener wirtschaftlicher und politischer Interessen. Das FOCAC betont hingegen beständig, die Zusammenarbeit erfolge auf Augenhöhe und diene dem beiderseitigen Nutzen (siehe Kap.3). Chinas Finanzierungsmechanismen umfassen Direktfinanzierungen durch private und öffentliche Unternehmen, die Vergabe zinsgünstiger Kredite durch die

staatliche China Exim-Bank oder Zuschüsse und Kredite des eigens zur Förderung sino-afrikanischer Handelsbeziehungen ins Leben gerufenen CADFunds (Chinesisch-Afrikanischer Entwicklungsfonds). Letzterer soll bis 2015 mit einem Volumen von 5 Mrd. US-Dollar ausgestattet werden (vgl. IWF 2011:19; FOCAC 2012b: o.S.).

Diese Vielzahl an Beteiligten und Finanzierungsinstrumenten, unterschiedliche Definitionen für Entwicklungshilfegelder und die mangelnde Transparenz chinesischer Finanzströme machen eine klare Trennung zwischen wirtschaftsorientierten Investitionen und Entwicklungshilfegeldern schwierig. Chinesische Entwicklungshilfeszahlungen an afrikanische Staaten sind daher Gegenstand von Spekulationen und die Schätzungen unterschiedlicher Institutionen und Autoren variieren zwischen 1,5 Mrd. US-Dollar und 18 Mrd. US-Dollar jährlich (vgl. Strange et al. 2013: 15). Sicher ist, dass der Umfang offizieller Finanzströme ohne direkte marktwirtschaftliche Gewinnabsichten von China nach Afrika in den letzten Jahren deutlich angestiegen ist. Im weitesten Sinne können diese als Entwicklungsgelder gesehen werden.¹ Zwischen 2000 und 2010 wurden rund 1.500 Projekte in 50 afrikanischen Ländern mit staatlichen Entwicklungsgeldern finanziert. Dabei hat sich die Anzahl der jährlichen Projekte von knapp 50 im Jahr 2000 auf ca. 160 im Jahr 2010 verdreifacht (vgl. Strange et al. 2014: 13).

3 China als neuer Akteur in der Entwicklungspolitik

► 3.1 Die Strategie Chinas und Süd-Süd-Kooperation

Chinas Engagement auf dem afrikanischen Kontinent ist kein neues Phänomen, sondern nahm bereits in den 1960er Jahren seinen Anfang. Damals flossen chinesische Entwicklungsgelder aus hauptsächlich politisch-ideologischen Gründen in die erst kürzlich unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten. Der zusätzliche strategische Hintergedanke bestand darin, dass afrikanische Staaten mit ihrem Stimmgewicht Chinas Aufstieg in die internationale politische Arena unterstützen sollten. Nach der gelungenen Wahl in den UN-Sicherheitsrat 1971, ermöglicht durch die Stimmen etlicher afrikanischer Staaten, nahm das Interesse Chinas am afrikanischen Kontinent jedoch zunächst ab. Der Tod von Mao Zedong im Jahre 1976 markierte den Anfangspunkt von Reformen und einer innen- wie au-

ßenpolitischen Neuordnung. Ab Ende der 1990er Jahre trat China dann im Zuge der zunehmenden Liberalisierung und Auslandsorientierung seiner Wirtschaft erneut als bedeutungsvoller Akteur in Afrika auf (vgl. Davies et al. 2008: 4f.).

Maßgeblicher Katalysator für den seit dem Jahr 2000 rasch fortschreitenden Ausbau der wirtschaftlichen (und politischen) Beziehungen Chinas zu Afrika war

¹ Um die Datenvergleichbarkeit trotz unterschiedlicher Definitionen von Entwicklungshilfegeldern von den Geberländern der OECD und China einigermaßen zu gewährleisten, wurde die Kategorie „offizielle Finanzierung“ eingeführt, die Gelder der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit und andere öffentliche Finanzierungen nach der OECD-DAC Definition zusammenfasst (vgl. Strange et al. 2014).

zweifelsohne die Ausrufung der „going global“ Strategie Chinas. Diese besteht im Wesentlichen darin, chinesische Direktinvestitionen in Übersee zu fördern. Primärer Hintergrund dieser Politik war es, den wachsenden Rohstoffhunger der boomenden chinesischen Wirtschaft zu stillen.



Shanghai als Sinnbild für eine boomende chinesische Wirtschaft, Foto: Wolfgang Staudt/Flickr.com

Daher können chinesische Firmen insbesondere bei Investitionen in den Rohstoffsektor auf direkte und indirekte Unterstützung durch die großen staatlichen Entwicklungsbanken China Exim-Bank und China Development Bank zurückgreifen. Darüber hinaus geht es im Zuge der massiven Expansion chinesischer Investitionen darum, neue Märkte zu erschließen und die Wettbewerbsfähigkeit Chinas zu stärken (vgl. OECD 2008: 67f.; Sun 2014: 1). Wenig überraschend ist, dass das Gründungsjahr des bedeutendsten Gremiums für Chinas Beziehungen zu Afrika, des FOCAC, ebenfalls auf das Jahr 2000 zurückgeht. Diese alle drei Jahre stattfindende Ministerialkonferenz legt Leitlinien und Initiativen fest, um die ökonomische, politische und entwicklungsbezogene Zusammenarbeit zwischen China und Afrika auszubauen (vgl. FOCAC 2014: o.S.). In der Pekinger Deklaration, hervorgehend aus der letzten Ministerialkonferenz 2012 in Peking, sind die derzeitigen Grundpfeiler des chinesischen Engagements in Afrika unverkennbar hervorgehoben:

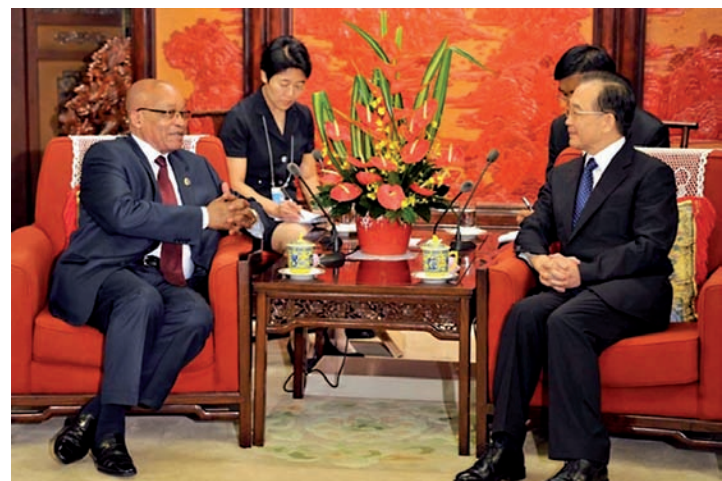
- **Strategische Partnerschaft auf Augenhöhe**

Das FOCAC beschreibt die Beziehungen Chinas zu Afrika als einen „neuen Typus von strategischer Partnerschaft“ (FOCAC 2012a: o.S.). Die Beziehungen Chinas, dem größten Entwicklungsland, zu den afrikanischen Staaten, der größten Gruppe von Entwicklungsländern, sei von großer Bedeutung für Frieden, Stabilität und Entwicklung in der Welt und diene den funda-

mentalenen und strategischen Interessen beider Seiten (vgl. FOCAC 2012a: o.S.). Zielsetzung dieser (meist bilateral geschlossenen) Süd-Süd-Kooperationen ist es demnach, eine ökonomische Win-win-Situation für beide beteiligten Parteien zu schaffen. Bewusst sollen diese „neuen Partnerschaften“ einen Gegensatz zu dem traditionellen Geber-Nehmer Verhältnis (Nord-Süd-Kooperation) bilden und auf Gleichheit, beiderseitigem Nutzen und Vertrauen basieren (vgl. FOCAC 2012a: o.S.). Es geht also weniger um die Großzügigkeit des Geberlandes China, sondern klar und deutlich um „strategische Interessen beider Seiten“.

- **Keine Einmischung in innere Angelegenheiten**

Ein weiterer grundlegender Punkt in der Afrikastrategie Chinas ist die absolute Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der beteiligten Staaten (vgl. FOCAC 2012a: o.S.). Das FOCAC zeigt sich zwar besorgt um die politisch instabilen Verhältnisse in einigen Regionen Afrikas und sichert in diesem Zusammenhang eine Vertiefung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zu. Andererseits werden die Grenzen klar abgesteckt, eine Einmischung in innere Angelegenheiten afrikanischer Staaten gilt als absolutes Tabu. Die internationale Gemeinschaft solle diesbezüglich die Anstrengungen afrikanischer Staaten und regionaler Organisationen unterstützen, „afrikanische Probleme“ selbstständig zu lösen (vgl. FOCAC 2012a: o.S.). Diese Strategie der Nicht-Einmischung wird auch bei der Vergabe von Krediten immer wieder betont. Sie wird bewusst als Gegenpol zu den wirtschafts- und demokratiepolitischen Konditionalitäten der Kredite westlicher Geber wahrgenommen.



Präsidenten Jacob Zuma und Hu Jintao auf dem 5. Forum on China - Africa Cooperation (FOCAC) im Jahr 2012, Foto: Government ZA/Flickr.com

- **Solidarisierung und Identifizierung Chinas als Entwicklungsland**

China definiert sich im Rahmen der Afrika-Partnerschaften bewusst als Entwicklungsland und appelliert an die Solidarität und den Zusammenhalt der Gruppe der Entwicklungsländer. Fortwährende Ungerechtigkeiten des internationalen Systems sollen durch verstärkte politische Kooperation und Bündelung von Interessen gemeinsam bekämpft werden. Insbesondere die Unterrepräsentation afrikanischer Staaten in UN-Gremien wie dem Sicherheitsrat, die unfairen interna-

tionalen Handelsbedingungen, geprägt durch westlichen Protektionismus, und dringende Reformen des internationalen Finanzsystems stehen ganz oben auf der Agenda. So spricht sich das FOCAC für die Implementierung von Maßnahmen gegen den globalen Klimawandel konform mit dem Kyoto Protokolls aus. Dies steht jedoch unter dem Vorbehalt der „gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung“, was im Klartext bedeutet, dass China weiterhin die Sonderregelungen für Entwicklungsländer bei der Eindämmung von Treibhausgasen beansprucht (vgl. FOCAC 2012a: o.S.).

► 3.2 Wie ist Chinas Strategie zu bewerten?

Diese Aspekte der Zusammenarbeit Chinas mit Entwicklungsländern sind kein Alleinstellungsmerkmal. Auch im Rahmen der immer stärker werdenden und teilweise gemeinsam agierenden Gruppe der BRICS gehören Prinzipien wie die Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten und Süd-Süd-Kooperation zu den gemeinsamen Leitlinien. Geleitet werden sie dabei sicher auch von den eigenen, nicht selten auch negativen, Erfahrungen, die sie selbst in ihrer Rolle als Empfängerländer von Entwicklungshilfegeldern gemacht haben. Hier sind vor allem die neoliberalen Reformen zu nennen, die im Zuge der Strukturanpassungsprogramme vom IWF und der Weltbank in den 1990er Jahren mit Hilfeleistungen gekoppelt wurden. Diese hatten zum Teil verheerende Folgen und haben die ideologische Dominanz der traditionellen Geber stark in Frage gestellt (vgl. Morazan / Müller 2013: 15). Die Gründung einer eigenen Entwicklungsbank der BRICS sowie eines Währungsfonds, die lange vorbereitet und beim gemeinsamen Gipfeltreffen 2014 in Brasilien beschlossen wurde, ist ebenfalls in diesem Licht zu sehen. Die beiden neuen Finanzinstitutionen sollen eine Alternative zu den von den USA dominierten internationalen Finanzinstitutionen darstellen.

Auch die Süd-Süd-Kooperation der BRICS fußt auf den oben genannten Prinzipien. Hilfeleistungen für arme Länder sollen explizit nicht an Bedingungen geknüpft werden. Dieses Prinzip wird insbesondere von China immer wieder betont. Hinter dem verstärkten Engagement in Afrika steht neben der Erschließung neuer Märkte und der Versorgungssicherheit der eigenen Bevölkerung mit Rohstoffen auch der Wunsch nach einer Profilierung in der internationalen Staatengemeinschaft. Die zunehmende wirtschaftliche Bedeutung Chinas soll sich auch in einer zunehmenden Bedeutung in internationalen politischen Foren und Zusammenschlüssen bzw. im internationalen Politikgeschäft wi-

derspiegeln. Als politisches Interesse verfolgt das Reich der Mitte dabei auch die Anerkennung der Ein-China-Politik (der Prämisse der Unteilbarkeit von Festlandchina und dem Inselgebiet Taiwan), sowie die Unterstützung der eigenen Agenda in multilateralen Foren wie den Vereinten Nationen (vgl. Sun 2014: 1).

Am chinesischen Engagement in Afrika ist wiederholt kritisiert worden, dass eigene wirtschaftliche Interessen wie z.B. die Versorgungssicherheit, eigene Wirtschaftsförderung oder Wettbewerbsfähigkeit im Vordergrund stehen. Tatsächlich zielen viele Infrastrukturprojekte auf die Verbesserung von Transportwegen und die Erschließung neuer Ressourcen ab. Der Ausbau von Straßen oder Häfen ist oft gekoppelt mit großen Investitionen in den Bergbau, wie bspw. in Mosambik oder der DR Kongo. Auch mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Unternehmen scheinen das Engagement in Afrika und der gezielte Einsatz der verschiedenen Finanzierungsinstrumente durchaus von Erfolg gekrönt zu sein. Durch die mit chinesischer Finanzierung durchgeführten Maßnahmen – seien es kreditfinanzierte Infrastrukturprojekte oder soziale Maßnahmen im Rahmen der Entwicklungshilfe – fassen chinesische Bauunternehmen vor Ort Fuß. Chinesische Unternehmen erhalten staatliche Unterstützung, die ihnen hilft die Märkte zu öffnen, sich in das lokale Umfeld einzufinden, vor Ort Präsenz zu zeigen und wichtige Kontakte zu knüpfen. Das verschafft ihnen Vorteile für künftige Bauaufträge und verbessert so ihre Wettbewerbsfähigkeit. Kleinere Unternehmen ziehen oft nach und erschließen im Gefolge der größeren Konzerne ebenfalls die afrikanischen Märkte (vgl. Scholvin / Strüver 2013: 4).



Arbeiten an einem Wasserauffangbecken in Lesotho, Foto: John Hogg/World Bank/Flickr.com

Es wäre allerdings Augenwischerei zu verneinen, dass eigene Interessen bei den traditionellen Gebern nicht ebenfalls lange Zeit wesentlicher Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit waren und teilweise auch immer noch sind. Allerdings sind traditionelle Geber in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development – OECD) zusammengeschlossen. Hier hat es in der Vergangenheit Entwicklungen gegeben, die Entwicklungszusammenarbeit stärker an den Entwicklungsagenden der Empfängerländer auszurichten und hierfür deren Strukturen zu nutzen. In diesem Zusammenhang soll auch die sogenannte „gebundene Hilfe“ zurückgefahren werden. Als „gebundene Hilfe“ werden solche Kredite oder Zuschüsse bezeichnet, die an Warenlieferungen oder andere Leistungen des entsprechenden Geberlandes gebunden sind. Die OECD-Länder haben zwischen 2001 und 2010 den Anteil der gebundenen Hilfe von 55 % auf 25 % reduziert (vgl. OECD 2013: 148). China und andere neue Geber sind nicht Mitglied der OECD und demnach an solche Prozesse nicht gebunden. Und tatsächlich sind die Finanzhilfen Chinas, die an Bauvorhaben durch chinesische Unternehmen gekoppelt sind, als gebundene Hilfe zu klassifizieren.

Auch was die Handelsstrukturen angeht, (vgl. Kap. 2) scheinen sich die sino-afrikanischen Beziehungen nicht wesentlich von den aus den Kolonialzeiten mitgebrachten Handelsstrukturen zu unterscheiden, die Afrika mit Europa (und auch den USA) verbindet. Exportiert werden vor allem unverarbeitete Rohstoffe, wohingegen verarbeitete Produkte eingeführt werden. China hat zwar für viele Produkte aus Afrika, inkl. einiger verarbeiteter Waren, Zollfreiheit eingeräumt, dies hat aber bislang noch nicht zu einer sichtbaren Veränderung dieser Handelsstrukturen geführt (vgl. Kim 2014: o.S.).

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Unterstützung autoritärer Regime in Afrika ungeachtet ihres Umgangs mit den Menschenrechten. Aus einem westlichen Men-

schenrechtsverständnis heraus hat diese Kritik eine Berechtigung. Die Zusammenarbeit mit Regierungen in Angola, Sudan oder Simbabwe bei gleichzeitigem Prinzip der Nicht-Einmischung stärkt solche Regime und gibt ihnen angesichts westlicher Zurückhaltung neue Perspektiven. Westliche Geber wären allerdings glaubwürdiger in ihrer Kritik, wenn sie nicht ihrerseits über Jahrzehnte Regime unterstützt hätten, die die Menschenrechte missachteten.

Der Ansatz Chinas unterscheidet sich vom westlichen insofern, als dass er ökonomische Entwicklung und soziale Verbesserungen für die Masse vor die individuellen Freiheitsrechte des Einzelnen stellt. In diesem Sinne hat China selbst in den vergangenen Jahrzehnten Fortschritte erzielt und die Armut im Land drastisch reduziert. Wenn das Land in seiner Afrikapolitik nun einem ähnlichen Leitbild folgt, äußert sich dies – auch aus den eigenen Entwicklungserfahrungen heraus – in der Unterstützung großer Infrastrukturprojekte und eines starken Staates. Im Idealfall kann dadurch Entwicklung vorangetrieben und Armut reduziert werden, was allerdings keine Entschuldigung dafür sein darf, Menschenrechte nicht zu achten. Denn wenn auf diese Weise Regime unterstützt werden, die selbst die Entwicklung oder die Partizipation der eigenen Bevölkerung behindern und die Menschenrechte mit Füßen treten, wie dies beispielsweise in Simbabwe der Fall ist, dann wird dieses Argument zur Makulatur (Europafrika 2010: o.S.).

In demokratisch regierten Staaten innerhalb und außerhalb Afrikas betrachtet die Zivilgesellschaft das Engagement Chinas mit gemischten Gefühlen. Auf der einen Seite werden die aufstrebenden Staaten tatsächlich als neues Gegengewicht zu den traditionellen Hegemonialmächten gesehen, die der eigenen Erfahrungswelt sehr viel enger verbunden sind als die ehemaligen Kolonialmächte. Damit verbunden ist die Hoffnung, dass ungerechte Weltwirtschaftsstrukturen überwunden oder doch zumindest angegangen werden können. Auf der anderen Seite streben diese neuen Mächte aber genau dem gleichen Entwicklungsmodell entgegen, das auch in den Industrienationen vorherrscht. Aus Sicht vieler Nichtregierungsorganisationen werden hier vor allem der Raubbau an der Natur, eine schwache Sozialpolitik, verheerende Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne kritisiert. Insbesondere in China gebe es keine Beteiligungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Gruppen, um beispielsweise solche Entwicklungsmodelle, die dann auch nach außen getragen werden, mit zu gestalten.²

² Interview „Brot für die Welt“ mit Fátima Melo, Welthandlungsexpertin des brasilianischen Netzwerkes Rebrip (Rede Brasileira Pela Integração dos Povos) anlässlich des BRICS-Gipfeltreffens in Brasilien 2014 (<http://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/brics-gipfel-forcierte-rohstoffausbeutung-statt>).

4 Schlüsselsektoren des chinesischen Engagements in Afrika

Chinas Aktivitäten auf dem afrikanischen Kontinent sind nicht homogen und „das eine China“ gibt es nicht. Vielmehr sind es unterschiedliche Akteure (Zentralregierung, Provinzregierungen, staatliche Unternehmen, private Unternehmen etc.) mit eigenen Absich-

ten, die Investitionen in verschiedenen Sektoren und Größenordnungen tätigen. Eine detailliertere Betrachtung der Schlüsselsektoren Rohstoffe, Infrastruktur und Industrie zeigt die Mannigfaltigkeit des chinesischen Engagements.

► 4.1 Afrikanische Rohstoffe – chinesische Weiterverarbeitung

Der Ausbau der Rohstoffgewinnung ist mit hohen Investitionen verbunden, da sowohl die Technik in Minen als auch die Schaffung der notwendigen Infrastruktur rund um die Abbaustätten sehr aufwändig ist. Dennoch ist China massiv in diesen Sektor eingestiegen. Hintergrund sind Veränderungen auf dem Weltmarkt. Der inflationsbereinigte Preis der wichtigsten Metalle ist zwischen Mitte der 1960er Jahre bis zum Jahr 2000 immer weiter gesunken (vgl. UNCTAD 2007: 88). Bis zur Jahrtausendwende wurde davon ausgegangen, dass die Bedeutung vieler Metalle aufgrund technischer Innovationen sinken würde. Kupfer beispielsweise wurde in der Telekommunikation mehr und mehr durch Glasfaserkabel ersetzt, Endprodukte wurden kleiner und leichter und haben einen geringeren Rohstoffverbrauch.

Doch das Gegenteil der Prognosen trat ein, nicht zuletzt, da die großen Schwellenländer, und hier vor allem China, die Nachfrage nach Rohstoffen massiv ausgeweitet haben. Sie investieren große Summen in den Ausbau der heimischen Infrastruktur und benötigen für ihre Bauten die verschiedensten Metalle. Gleiches gilt für die Modernisierung der Fabriken durch den Kauf neuer Maschinen sowie für den Privatkonsum: In China, wie in anderen Schwellen- und einigen Entwicklungsländern, kauft eine wachsende Mittelschicht immer mehr Autos, Haushaltsgeräte, Elektroartikel etc. Durch diese Ausweitung der Nachfrage sind die Preise vieler Metalle nicht wie erwartet gesunken, sondern teilweise deutlich angestiegen.

Aus Sicht der chinesischen Regierung und der dortigen Unternehmen ist dies eine besorgniserregende Entwicklung, da sie wenig Kontrolle über den Rohstoffmarkt besitzen. Bei der Förderung metallischer Rohstoffe dominieren immer weniger Unternehmen immer größere Teile des Marktes, und die traditionellen Minenkonzerne stammten bis vor kurzem allesamt nicht aus China. Die dortigen Unternehmen besaßen weder das notwendige Kapital noch die Erfahrung, im



China hat auch durch eine steigende Anzahl an Autos die Nachfrage nach Rohstoffen massiv ausgeweitet, Foto: Ding Zhou/Flickr.com

großen Stil international tätig zu werden. Dies ändert sich nicht zuletzt aufgrund massiver staatlicher Unterstützung.

Hinzu kommt die Angst vor einer sinkenden Verfügbarkeit der Rohstoffe. Zwar sind von allen wichtigen Metallen große Vorräte in der Erdkruste vorhanden, doch die Konzentration des Metallgehaltes ist in vielen der neu erschlossenen Minen geringer als bei denjenigen, die weitgehend ausgeschöpft sind. Dies führt zu höheren Förderkosten sowie einer steigenden Umweltbelastung. Zugleich kennt die chinesische Regierung die Schätzungen, laut derer der weltweite Bedarf an allen wichtigen Metallen verglichen mit dem Jahr 2010 bis zum Jahr 2020 um 30 bis 50 % steigen wird. Bis zum Jahr 2030 könnte der Anstieg bei Stahl sogar bei 90 % liegen und die Nachfrage nach Aluminium könnte sich verdoppeln (vgl. Lee et al. 2012: 3).

Importabhängigkeit

Zwar ist China bei vielen Rohstoffen selbst ein großes Förderland, doch die gestiegene Nachfrage hat dazu geführt, dass der Bedarf aus eigenen Quellen bei weitem nicht mehr gedeckt werden kann. Derzeit werden wertmäßig 45 % aller grenzüberschreitend gehandelten Metalle nach China geliefert, so viele, wie die 20 nächstgrößten Importeure zusammen beziehen (vgl. Lee et al. 2012: 26).

Tabelle 1:
Anteil Chinas an der Nutzung wichtiger Metalle im Jahr 2011 (Prognose 2020)

	2011	2020
Aluminium	42,2%	(60 %)
Blei	45,1%	(57 %)
Kupfer	39,6%	(49 %)
Nickel	43,4%	(58 %)
Zink	42,7%	(53 %)
Zinn	48,5%	(k. A.)
Stahl	45,5%	(k. A.)

Quellen: DERA 2012: 13; Prognose 2020: Lee et al. 2012: 18

Die chinesische Regierung hat auf verschiedene Arten auf die fragile Rohstoffversorgung reagiert. Sie hat eine strategische Rohstoffreserve angelegt, sie hat ihre Anstrengungen verstärkt, im eigenen Land neue Vorkommen zu finden und zu erschließen, und sie hat ihre Aktivitäten im Ausland, u.a. in Afrika, verstärkt.

Ausbau der Auslandsbeschaffung

Die chinesische Regierung fördert aktiv heimische Unternehmen, die im Ausland versuchen, Minen zu kaufen oder Rohstoffvorkommen selbst zu erschließen. Dabei trafen chinesische Unternehmen auf Märkte, die größtenteils bereits verteilt sind oder die systematisch von den etablierten Mächten abgeschirmt werden.

Das verstärkte Engagement auf dem afrikanischen Kontinent wurde von Anfang an misstrauisch beäugt. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich mehrfach kritisch zum chinesischen Engagement in Afrika geäußert und befürchtet aufgrund des chinesischen Zugriffs auf Rohstoffreserven »dramatische Folgen« für die Wettbewerbsfähigkeit der Europäer. Eine Studie des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, die Anfang März

2007 auf einer Tagung vorgestellt wurde, warnt vor einer Bedrohung der deutschen Rohstoffzufuhr durch die zunehmenden Aktivitäten chinesischer Konzerne (vgl. Merkel 2006; Bundesverband der Deutschen Industrie 2007). Auch die US-Regierung warnte wiederholt vor einem steigenden chinesischen Einfluss auf dem Rohstoffsektor nicht nur in Afrika, sondern auch in Lateinamerika und Asien.

Demokratische Republik (DR) Kongo

Seit 1972 unterhalten die DR Kongo und China diplomatische Beziehungen (vgl. FOCAC 2014: o.S.). Heute ist China mit Abstand der wichtigste Handelspartner. 2012 exportierte die DR Kongo Waren im Umfang von 3,5 Mrd. US-Dollar nach China, das entsprach 56 % der Gesamtexporte. Dabei sind die 20 meist exportierten Produktgruppen allesamt Rohstoffe und machen 99 % der Gesamtexporte aus. 34 % entfallen allein auf unverarbeitetes Kupfer. Importiert wurden Waren im Wert von 838 Mio. US-Dollar (GTIS 2013).

Das Engagement chinesischer Unternehmen in der DR Kongo hat in den vergangenen Jahren massiv zugenommen: Sie kaufen marode Betriebe auf oder gründen Unternehmen neu, z.B. in der Mobilfunkbranche. Darüber hinaus sind chinesische Unternehmen in den Abbau von Rohstoffen eingestiegen und zu wichtigen Kunden für Kupfer, Kobalt, Zinn, Tantal oder Wolfram geworden. In den Jahren 2002 bis 2006 dominierten kleine Unternehmen aus China den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen. Neben dem Aufkauf von Rohstoffen und dem Verkauf von Produkten aus China gab es erste kleine Projekte im Straßenbau. Flankiert wurde dies durch die chinesische Regierung, die unter anderem auch 200 Soldaten für die Friedensmission der Vereinten Nationen schickte, Waffen lieferte und mit dem kongolesischen Militär kooperierte (vgl. Holslag 2007: 66). Nachdem der Boden bereitet war, zogen die größeren Unternehmen nach. 2006 und 2007 unterschrieben chinesische Unternehmen zwei Verträge über den Ausbau der Stromnetze, die einen Wert von rund 1 Mrd. US-Dollar hatten (vgl. RDC – Ministère des Finances 2007: o.S.).

Mitte 2007 wurde ein noch weit größeres Geschäft vereinbart. Chinesische Unternehmen sollen in großem Umfang Infrastrukturprojekte bauen, darunter jeweils mehrere Tausend Kilometer Eisenbahntrassen und Autobahnen, dazu kleinere Straßen, sowie

Es lässt sich auf dem afrikanischen Kontinent an vielen Stellen beobachten, dass chinesische Unternehmen dort Fuß fassen. Teilweise handelt es sich dabei um Projekte, die zu Investitionen in Milliardenhöhe führen. Für Schlagzeilen sorgten etwa geplante Investitionen in der DR Kongo (siehe Kasten). Doch chinesische Unternehmen sind auch massiv in anderen Staaten einge-

stiegen, etwa im Kupfer- und Kobaltsektor Sambias, der Kohleförderung in Simbabwe oder der Ölförderung in Angola, dem Sudan und Nigeria.

Nicht nur in der DR Kongo zeigten sich dabei allerdings auch erhebliche Probleme. Viele chinesische Absichtserklärungen können nur mit großer Verzögerung

soziale Infrastruktur im Gesundheits- und Bildungsbereich und im Wohnungsbau. Das Gesamtvolumen der Projekte sollte bei rund 6,6 Mrd. US-Dollar liegen (vgl. Beltrade 2008: 17f.).

Gemäß der vertraglichen Grundlagen vergibt die China Exim-Bank Kredite für die Infrastrukturprojekte, die größtenteils von chinesischen Unternehmen durchgeführt werden sollen. Im Gegenzug erhalten chinesische Unternehmen Förderrechte und investieren rund 3,25 Mrd. US-Dollar in den Neuaufbau bzw. Ausbau von Minen. Die Unternehmen sollen erhebliche Anteile an der unter dem Dach der staatlichen Gemines zusammengeschlossenen Kupfer-, Kobalt-, Zink- und Uranförderung zuerkannt bekommen. 68% des Joint Ventures werden an chinesische Firmen (Sinohydro und China Railway Group) vergeben, der Rest bleibt bei der kongolesischen Regierung. Die Vorverarbeitung des Erzes muss in der DR Kongo stattfinden (vgl. Edinger 2008: 4f.). Das Potenzial der Minen könnte es ermöglichen, innerhalb der nächsten 25 Jahre Kupfer (6,8 Mio. Tonnen) und Kobalt (427.000 Tonnen) im derzeitigen Wert von 54 Mrd. US-Dollar abzubauen (vgl. Kushner 2013: o.S.).

Die Intransparenz rund um die Verträge ist in der kongolesischen Presse und bei der Opposition auf massive Kritik gestoßen. Deutliche Kritik gab es auch vom IWF, der eine erneute Überschuldung des Kongos befürchtet. Das hat dazu geführt, dass das Investitionsvolumen für die Infrastrukturprojekte von 6,6 auf 3 Mrd. US-Dollar reduziert werden soll. Auch wurden Zinsraten und garantierte Gewinnspannen der beteiligten chinesischen Unternehmen neu verhandelt. Es bleibt jedoch weiterhin undurchschaubar, wie das Projekt voran geht. Medien berichten immer wieder von Verzögerungen. Ende des Jahres 2012 gab es eine Aufstellung, laut der rund 1 Mrd. US-Dollar in Infrastruktur- und Minenprojekte investiert worden sei, darunter allerdings vermutlich rund 350 Mio. US-Dollar in Bonuszahlungen an die kongolesische Regierung und der Rest größtenteils in Machbarkeitsstudien (vgl. Jansson 2013: 155ff.).

Aber es gibt auch Berichte, die auf einen zügigen Ausbau der Minen hindeuten. Insbesondere in der Bergbauprovinz Katanga konnten in den letzten drei Jahren viele weitere multinationale Unternehmen ihre Produktion steigern (vgl. Bahamin 2013: o.S.). Dies alles geschieht in einem äußerst schwierigen Umfeld, da viele der Rohstoffgeschäfte im Kongo weiterhin intransparent sind und Nichtregierungsorganisationen sowie die Presse des Landes häufig Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit Rohstoffen äußern. Darüber hinaus sind die Regierung und Behörden nicht dazu in der Lage, den Sektor wirksam zu kontrollieren. Die Arbeitsbedingungen in den Minen sind weiterhin häufig schlecht, massive Umweltprobleme weit verbreitet.



Kupfer in einer Mine in der Demokratischen Republik Kongo, Foto : Fairphone/Flickr.com

oder gar nicht umgesetzt werden. Gleichzeitig setzt die Regierung auch auf neue Partnerschaften. Ein Eisenerzprojekt in Guinea soll beispielsweise mit dem australischen Konzern Rio Tinto ausgebaut werden, an dem chinesische Unternehmen eine Minderheitsbeteiligung besitzen. Auch hier geht es um Milliardeninvestitionen.

Schlechte Arbeitsbedingungen in Kupferminen

Chinas Zugriff auf afrikanische Rohstoffe läuft jedoch keinesfalls konfliktfrei. Der Vorwurf, China beute die Rohstoffe Afrikas aus und verletze dabei grundlegende Arbeitsrechte, trifft zunehmend auf Gehör. Mehrfach gab es beispielsweise in chinesisch geführten Kupferminen in Sambia Aufstände der Minenarbeiter. Sie protestierten gegen miserable Arbeitsbedingungen, unzureichende Schutzkleidung und extrem niedrige Löhne. Dabei kam es bei den Protesten teilweise zu gewaltsamen Ausschreitungen. 2010 eröffneten chinesische Sicherheitsbeamte bei Protesten in der Collum

Mine das Feuer auf demonstrierende Arbeiter, es kam zu mehreren Verletzten. 2012 wurde bei Protesten in derselben Mine ein chinesischer Aufseher getötet (vgl. Okeowo 2013: o.S.).

Marktbeobachter gehen davon aus, dass Chinas Bedarf bei den meisten Metallen noch für eine Weile wachsen wird, jedoch spätestens ab 2025 sinkt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass ein erheblicher Teil dieser Metalle, eingebunden in chinesische Produkte, wieder exportiert wird: Rund 40 % aller in Asien hergestellten Waren werden in die USA, in die EU und nach Japan ausgeführt (vgl. Sibaud 2012: 38; Lee et al. 2012: 13, 33). Hier schließt sich dann der Kreis vom großen Rohstoffhunger Chinas bis zum Konsum in Europa und damit auch in Deutschland.

► 4.2 Infrastruktur



Straßenverhältnisse in Nigeria, Foto: Jbdodane/Flickr.com

Einheimische Unternehmen und die Bevölkerung leiden in vielen afrikanischen Staaten unter einer schlechten Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Energie, Wasserver- und -entsorgung und Telekommunikation. Die schlechte Infrastruktur erschwert die Agrarproduktion, die Integration ländlicher Räume in die Wirtschaft des Landes, den Zugang zu Arbeit, Bildung und Gesundheit und somit auch eine Verringerung der Diskrepanz zwischen urbanen Zentren und ländlichen Räumen. Ausländische Unternehmen klagen ebenfalls über eine sehr schlechte Infrastruktur und damit verbunden massive Probleme bei der

Rentabilität von Geschäften. Eine verbesserte Infrastruktur verbunden mit einem Ausbau des Schul- und Gesundheitswesens hat somit großen Einfluss auf die zukünftige Entwicklung von Staaten. Dabei gilt: Je ärmer das Land, desto entscheidender ist der Faktor Infrastruktur für die weitere Entwicklung (vgl. Estache 2013: 63).

Infrastrukturprojekte sind jedoch sehr kapitalintensiv und positive Entwicklungen stellen sich oft erst mittel- bis langfristig ein. Über viele Jahre hinweg wurden solche Projekte auch über die Entwicklungszusammenarbeit finanziert, nicht immer mit den besten Erfahrungen: Investitionen in große Prestigeprojekte, deren Erträge die Wartungskosten nicht decken konnten und keine Entwicklungsimpulse für die breite Masse der Bevölkerung hervorbrachten, hinterließen eher einen großen Berg an Schulden – nicht nur in Afrika (vgl. Morazán / Müller 2014: 17).

Mit dem Ausbruch der Schuldenkrise in den 1980er Jahren und im Zuge der Strukturanpassungsprogramme und Haushaltssanierungen wurden öffentliche Ausgaben auch in Infrastruktur immer weiter zurückgefahren. Im Laufe der 1990er Jahre setzte sich zunehmend die Meinung durch, dass der Ausbau der Infrastruktur durch die Privatwirtschaft betrieben werden sollte und

auch die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit setzte andere Schwerpunkte. Doch schwache institutionelle Kapazitäten in den Ländern und das Fehlen eines sicheren Rechtsrahmens verhinderten nur allzu oft das Engagement des Privatsektors. Für die Jahre 2006 und 2007 wurde berechnet, dass maximal ein Viertel aller Investitionen in Infrastruktur in den Entwicklungsländern von privaten Investoren geleistet wurden, weniger als 5 % stammten aus der Entwicklungszusammenarbeit (vgl. Estache 2010: 72).

Investitionen in Infrastruktur lange vernachlässigt

Für Subsahara-Afrika sind die Zahlen ähnlich. Hinzu kommt, dass zentrale Sektoren, die für die Armutsbekämpfung von Bedeutung sind, wie Wasser- und Elektrizitätsversorgung oder verbesserte Verkehrswege, hier oft weniger Interesse bei den privaten Investoren finden, weil nicht davon ausgegangen werden kann, dass die Investitionskosten über Nutzergebühren finanziert werden können. (vgl. Estache 2010: 72). Die offizielle Entwicklungszusammenarbeit verschob ihren Fokus auf den Ausbau der sozialen Infrastruktur, z. B. in den Bereichen Bildung und Gesundheit (inkl. Wasser), was zwar Teilerfolge bei der Erreichung einiger Millennium-Entwicklungsziele mit sich brachte, den Investitionsstau bei wichtigen Infrastrukturvorhaben im produktiven Sektor aber nicht beheben konnte (vgl. Morazán / Müller 2014: 17; Fourie 2012). So wuchs die Lücke zwischen Bedarf und verfügbarem Kapital für Bau und Instandhaltung notwendiger Infrastruktur. Gleichzeitig haben viele afrikanische Staaten Infrastrukturentwicklung in ihrer Prioritätenliste wieder weiter nach oben gerückt (vgl. IWF 2011: 7). Hier kommen chinesische Investitionen, die noch dazu mit sehr viel geringeren sozialen und ökologischen Auflagen verbunden sind, sehr gelegen. China mit seinem eigenen Fokus auf großen Infrastrukturprojekten gilt hier einigen Regierungen auch als Vorbild und Modell für die wirtschaftliche Entwicklung, was durch rasche sichtbare Erfolge in den Ländern noch weiter verstärkt wird (vgl. Fourie 2012: 298).

Der Auf- und Ausbau von Infrastruktur in den sino-afrikanischen Beziehungen hat durchaus eine längere Tradition, die Aktivitäten Chinas in diesem Bereich wurden aber angesichts der Finanzierungslücke immer wichtiger. Im Rahmen des FOCAC wurde Infrastruktur immer wieder als ein Schlüsselsektor für die zunehmende Kooperation hervorgehoben. Der aktuelle Beijing Action Plan (vgl. FOCAC 2012b: o.S.) priorisiert diesen Sektor in den Bereichen Transport, Telekommunikation, Wasser und Energie, wobei auch chinesische Unternehmen und Finanzinstitutionen in die Kooperation einbezo-

gen werden sollen. Sowohl der CADFund als auch die neu gegründete Entwicklungsbank der BRICS stellen ebenfalls Infrastrukturentwicklung in den Fokus.



Neubau einer Straße von Dolisie nach Doumanga (DR Kongo) unter chinesischer Aufsicht, Foto: Jbdodane/Flickr.com

Bei den Infrastrukturmaßnahmen ist die Verquickung verschiedener Finanzierungsinstrumente (vgl. Kap. 2) besonders prominent. Die Vorhaben werden häufig durch zinsgünstige Kredite seitens der staatlichen China Exim-Bank unterstützt und sind oft gekoppelt an die Kondition, dass chinesische Firmen die Arbeiten ganz oder größtenteils ausführen (gebundene Kredite). Im Jahr 2012 haben chinesische Unternehmen in Afrika Baumaßnahmen in einem Wert von 40,8 Mrd. US-Dollar erbracht, das entspricht einer Steigerung um 45 % gegenüber 2009. Zwischen 2010 und Mai 2012 hat China für insgesamt 92 Projekte in Afrika zinsgünstige Kredite in Höhe von 11,3 Mrd. US-Dollar bereitgestellt. Hierüber werden z. B. Eisenbahnstrecken in Äthiopien oder der Tiefseehafen in Kamerun finanziert (vgl. The People's Republic of China 2013: 9f.).

Ausbau der Infrastruktur förderlich für Wirtschaft

Der Fokus auf Infrastrukturentwicklung gründet sich auch auf die eigenen Erfahrungen, denn China hat in seinem Entwicklungsprozess stark den Aufbau von Infrastruktur gefördert. Noch heute hat das Land ein vergleichsweise hohes Investitionsniveau in Infrastruktur (9 % des Bruttoinlandsprodukts um die Jahrtausendwende) (vgl. Estache 2010: 68). Ein starker Staat, der mittels öffentlicher Investitionen und Finanzierung großer Infrastrukturprojekte zur Ankurbelung der Wirtschaft

beiträgt, gehört zum Entwicklungsmodell Chinas. Dabei profitieren ressourcenreiche Länder wie die DR Kongo, Nigeria oder der Sudan besonders stark von Chinas Investitionen in die Infrastrukturentwicklung. Wie das Beispiel der DR Kongo zeigt (siehe Kasten S. 12-13) sind diese Bereiche oft eng miteinander verwoben. Dennoch kann die Bedeutung der Infrastrukturprojekte z. B. in der DR Kongo kaum überschätzt werden.

Derzeit gibt es keine Straßen oder Eisenbahnlinien, die das Land von Ost nach West oder von Nord nach Süd durchqueren. Der Ausbau der Infrastruktur hätte große Auswirkungen auf weite Teile der Wirtschaft. So erhielten beispielsweise FarmerInnen und das Kleingewerbe aus abgelegenen Gebieten die Möglichkeit, ihre Waren leichter als bisher und damit wesentlich billiger auf die Märkte in den Städten zu transportieren.

Beispiele für Infrastrukturprojekte

Die folgende Liste zeigt einige der größeren Infrastrukturprojekte mit einigen Ländern Afrikas. Dabei gilt allerdings zu berücksichtigen, dass sich nicht alle Projekte bereits tatsächlich in der Umsetzung befinden. Nicht selten werden umfassende Vertragsabschlüsse bei Staatsreisen bekanntgegeben, deren Umsetzung dann aber durchaus einige Jahre lang auf sich warten lässt.

- **Sudan:** Im Jahr 2007 vereinbarte die Volksrepublik China mit der Regierung Sudans Exportkredite in Höhe von 1,15 Mrd. US-Dollar für den zweispurigen Ausbau der Eisenbahnlinie von Khartum in die sudanesischen Hafenstadt Port Sudan (787 km). Der Bau wurde 2012 fertiggestellt (vgl. Strange et al. 2013, # 207)
- **DR Kongo:** Mitte des Jahres 2007 wurde ein 6,6 Mrd. US-Dollar Geschäft vereinbart (später auf 3 Mrd. US-Dollar reduziert). Chinesische Unternehmen sollen in großem Umfang Infrastrukturprojekte bauen. Geplant sind unter anderem:
 - 3.200 Kilometer Eisenbahntrassen;
 - 3.400 Kilometer Autobahnen;
 - 3.500 Kilometer kleinere Straßen;
 - 31 Krankenhäuser und 145 Gesundheitsstationen;
 - 2 Universitäten;
 - 5.000 Sozialwohnungen (vgl. Beltrade 2008: 17f.)
- **Kenia:** Eines der größeren Projekte der Verkehrsinfrastruktur ist ein regionales Eisenbahnprojekt, das Kenia, Ruanda, Uganda, Burundi und die Republik Südsudan miteinander verbinden soll. Bei seiner letzten Afrikareise kündigte Premier Li Keqiang hierfür eine Unterstützung von 5 Mrd. US-Dollar zu. Die Bahnlinie startet zunächst mit einer rund 600 km langen Trasse von Nairobi nach Mombasa. Hierfür wurde eine Vereinbarung über einen 3,6 Mrd. US-Dollar Kredit über die China Exim-Bank geschlossen. Das entspricht 90 % des gesamten Projektvolumens. Der Rest wird von der kenianischen Regierung bereitgestellt. Dadurch sollen die Transportkosten für die Schiffsfracht nach Mombasa von 20 US-Cent pro Kilometer auf 8 US-Cent gesenkt werden. In Kenia erhofft man sich von dem Projekt, dass bislang ungenutztes Land für die Landwirtschaft nutzbar gemacht werden kann, dass transportbedingte Nachernteverluste re-

duziert werden und dass aufgrund besserer Wettbewerbsbedingungen ausländische Direktinvestitionen angelockt werden (vgl. Copley / Sy 2014: o.S.).

- **Angola:** Seit Ende des Bürgerkriegs haben chinesische Banken dem Land für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur Kredite in Höhe von 14,5 Mrd. US-Dollar zur Verfügung gestellt (zitiert nach: Scholvin / Strüver 2013: 5).



Von der chinesischen Firma Sinohydro durchgeführtes Infrastrukturprojekt in Angola, Foto: Jbdodane/Flickr.com

- **Ghana:** 2010 unterzeichneten die Regierungen von China und Ghana ein Abkommen zur Förderung von Energie-Infrastruktur, Bildung, Abwasserentsorgung und Entwicklung der Landwirtschaft. Dieses beinhaltet einen Kredit der China Exim-Bank über 6 Mrd. US-Dollar. Als Gegenleistung werden an China über 15 Jahre 13.000 Barrel Rohöl täglich geliefert. Darüber hinaus gibt es eine Vereinbarung über einen weiteren 4 Mrd. US-Dollar Kredit von der China Exim-Bank für den Bau einer Nord-Süd-Verbindung (vgl. Strange et al. 2013: 33).
- **Nigeria:** Auch im Falle Nigerias wurde ein 5,3 Mrd. US-Dollar Kredit zum Bau von Infrastruktur an Rohstofflieferungen gekoppelt. Die China National Petroleum Corporation erwarb im Gegenzug vier Lizenzen für Ölbohrungen (vgl. Strange et al. 2013: 33).

Schnelle Umsetzung, aber ökologische und soziale Standards mangelhaft

Zu den häufigsten Kritikpunkten des chinesischen Engagements in Afrika zählen die mangelnde Transparenz sowie die mangelhafte Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Standards. Insbesondere wenn staatliche oder multilaterale Entwicklungshilfegelder oder staatliche Garantien in die Projektfinanzierung involviert sind, sind seitens der traditionellen Geber und Investoren Untersuchungen über die sozialen und ökologischen Auswirkungen des jeweiligen Projektes auf die Projektregion Voraussetzung für die Finanzierung. Aufgrund solcher Auflagen kommt es häufig entweder zu Verzögerungen oder aber das Projekt wird seitens westlicher Geber erst gar nicht finanziert. Wegen seiner sozialen und ökologischen Auswirkungen ist der Bau von Großstaudämmen vor allem von zivilgesellschaftlicher Seite immer wieder massiv kritisiert worden. Die China Exim-Bank ist mehrfach eingesprungen, als sich westliche Geber aufgrund sozialer oder ökologischer Kriterien zurückgezogen haben, so geschehen in Sambia (Lower Kafue Gorge Dam), in Ghana (Bui Dam) und im Sudan (Mero-we Dam) (vgl. Strange et al. 2013: 10). Auch aufgrund der eigenen Entwicklung in China decken sich hier jedoch die Interessen und Positionen der Regierungen auf beiden Seiten, nach denen Wasserkraft vor allem eine billige, saubere und erneuerbare Energiequelle darstellt.

Neue Schuldenfalle?

Auch der durch China finanzierte Bau der Eisenbahnstrecke in Kenia (vgl. Kasten) ist von zivilgesellschaftlicher Seite in die Kritik geraten. Diese verweist auf die hohen Kosten des Projektes, durch die die Verschuldung des Landes um bis zu einem Drittel steigen könnte. Darüber hinaus wird die Rentabilität des Projektes angezweifelt, die wegen mangelnder Auslastung und dem Ausbau von Konkurrenzstrecken oder anderer Häfen in der Region deutlich niedriger ausfallen könnte als prognostiziert. Chinas Investitionen sollten vielmehr im Energiebereich getätigt werden, wo eine höhere Rentabilität schneller erzielt werden könnte (vgl. Ndi 2014: o.S.).

Ähnliche Bedenken äußern westliche Geber bei vielen chinesischen Geschäften. Die durch umfassende Schuldenerlasse mühsam errungene Schuldentragfähigkeit vieler afrikanischer Länder droht durch solche Megadeals in Gefahr zu geraten. Dies gilt vor allem dann, wenn Wirtschaftlichkeit nicht das oberste Kriterium darstellt: Auch in früheren Jahren waren die hohen Schuldenstände z.T. durch sogenannte „weiße Elefanten“ entstanden, vom Westen unterstützte und



„Eher Prestigestreben als Realitätssinn“ – der neu gebaute Flughafen in Luanda/Angola, Foto: Mj Ecker/Flickr.com

finanzierte Prestigeobjekte, die nicht wirtschaftlich waren und eher den Interessen der hiesigen Wirtschaft und den dortigen politischen Eliten dienen. Ein Beispiel hierfür könnte der Bau eines neuen Flughafens in Luanda sein, dessen Dimension „trotz der beeindruckenden wirtschaftlichen Entwicklung Angolas eher Prestigestreben als Realitätssinn ausdrücken“ dürfte (vgl. Scholvin / Strüver 2013: 5).

Der IWF fordert daher unter Anerkennung der großen Bedeutung des chinesischen Engagements im lange vernachlässigten Infrastrukturbereich, dass sich Finanzierungen vor allem auf Projekte konzentrieren sollten, die einen schnellen und hohen Ertrag versprechen. Auf diese Weise kann auch die Schuldentragfähigkeit der Kreditnehmer gewährleistet werden (vgl. IWF 2011: 7).

► 4.3 Chinas Investitionen in Afrikas Industrie

Chinas Investitionsstruktur in Afrika hat sich diversifiziert. Der Primär- und Infrastruktursektor stellen zwar nach wie vor einen elementaren Bestandteil dar, allerdings fallen Investitionen in den Dienstleistungssektor und in die verarbeitende Industrie aufgrund von billigen Arbeitskräften und lukrativen Absatzmärkten zunehmend ins Gewicht. Festzustellen ist, dass staatliche und privatwirtschaftliche Unternehmen unterschiedlich agieren und ihren Investitionen in Afrika unterschiedliche Anreize zugrunde liegen. Während die staatlichen Unternehmen vorrangig in der Rohstoffförderung und dem Bausektor aktiv sind und ihr Handeln an der nationalen Afrikastrategie (siehe Kapitel 3.1) ausrichten, ist das Engagement der chinesischen Privatwirtschaft stärker durch kommerzielle Interessen geleitet (vgl. Gu 2009: 584).

Private Unternehmen leisten mittlerweile 55 % der gesamtchinesischen Investitionen in Afrika und investieren besonders in den Industrie- und Dienstleistungssektor (vgl. Shen 2013: 6f.). Offiziellen Informationen zufolge sind derzeit rund 2000 privatwirtschaftliche Unternehmen aus China in über 50 afrikanischen Staaten aktiv, der Großteil davon sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU) (vgl. FOCAC 2012b: o.S.; Gu 2009: 574). Die tatsächliche Zahl dürfte jedoch um ein Vielfaches größer ausfallen, da viele KMU die Bedingungen für offizielle Fördergelder nicht erfüllen, aber trotzdem nicht davor zurückschrecken auf eigene Faust in Afrika zu investieren (vgl. Gu 2009: 580).

Häufig folgt das Engagement der KMU einem dreistufigen Schema. Das Interesse, in Afrika zu investieren, wird meist durch Handelsbeziehungen geweckt, im zweiten Schritt werden Investitionen in die Produktion vor Ort getätigt und im dritten Schritt wird der Bau eigener Industrieparks veranlasst. In enger Zusammenarbeit mit anderen (oft chinesischen) Firmen soll dann auf wenig Raum effektiv produziert werden und Wirtschaftscluster entstehen. Das Textilunternehmen Yuemei Group liefert ein typisches Beispiel: im Jahr 2000 wurde der erste Handelsposten in Nigeria etabliert, vier Jahre später wurde eine eigene Fabrik gegründet und 2007 wurde der Textil Industriepark Yuemei Textile Industrial Park in Nigeria gebaut, um weiteren chinesischen Textilunternehmen Investitionen in Afrika zu erleichtern und Kooperation zu vereinfachen (vgl. Yuemei Group 2014: o.S.).

Kehrseiten der Sonderwirtschaftszonen (SWZ)

Bei SWZ handelt es sich im Allgemeinen um abgegrenzte Bereiche innerhalb eines Landes, in denen arbeitsintensive, meist für den Export bestimmte Massenproduktion angesiedelt ist. Die meisten SWZ befinden sich in exportorientierten Ländern wie China, Indien und Mexiko, sie sind jedoch auf dem ganzen Globus zu finden, größtenteils in Schwellen- und Entwicklungsländern. Die meistvertretenen Branchen in den SWZ sind nach wie vor die Bekleidungs- und Textilindustrie, ergänzt durch die Lederindustrie und immer stärker die Herstellung und Weiterverarbeitung von Bauteilen für die Elektronik- und die Automobilbranche.

Um insbesondere ausländische Akteure für Investitionen in die SWZ zu gewinnen, werden von Seiten der Politik Anreize gesetzt. Niedrige bis gar keine Steuern, Zollfreiheit, einfache Verwaltungsstrukturen, Bereitstellung von Infrastruktur, aber auch niedrige Umwelt- und Sozialstandards gehören zu den Anreizpaketen der Regierungen. Die Intention ist es, Arbeitsplätze zu schaffen, Wissens- und Technologietransfers anzustoßen, Deviseneinnahmen zu steigern, Absatzkanäle für lokale Unternehmen durch eine Angliederung an die Produktion in den SWZ zu generieren, die Exporteinnahmen zu steigern sowie die Palette der Exportprodukte zu diversifizieren.

Soweit die Theorie. In der Praxis zeigt sich jedoch oft die Kehrseite des auf SWZ basierenden Entwicklungsmodells. Regierungen nehmen bei der Entscheidung für den Bau von SWZ immense finanzielle Risiken in Kauf. Für den Aufbau der notwendigen Infrastruktur müssen oft Kredite aufgenommen werden, ohne die Gewähr zu haben, dass sich später auch tatsächlich Unternehmen ansiedeln. Investitionsanreize durch extrem niedrige Steuersätze, bzw. gänzliche Steuerfreiheit, bedeuten für die Regierungen darüber hinaus immense Einnahmenverluste, wenn ohnehin im Lande tätige Unternehmen in die Sonderwirtschaftszonen ausweichen, bzw. der Verzicht auf zukünftige Einnahmen.

Auf der Habenseite ist zu verbuchen, dass SWZ vielerorts tatsächlich Arbeitsplätze schaffen konnten: 2007 arbeiteten rund 66 Mio. Menschen in 3.800 SWZ, verteilt auf 130 Länder. Dieses Argument verliert allerdings deutlich an Schlagkraft, wenn man

sich die Rahmenbedingungen dieser Arbeitsplätze vor Augen führt. Bedingt durch niedrige Sozial- und Arbeitsstandards und extrem niedrige Löhne sind SWZ oft Orte massiver Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen. Gewerkschaftsverbote, überlange Arbeitszeiten, unbezahlte und erzwungene Überstunden, mangelnde Arbeitssicherheit, fehlender Kündigungsschutz, sexuelle Übergriffe etc. – die Liste ist lang. Während niedrige Standards von Regierungen und Unternehmen als „Investitionsanreize“ angesehen werden, führen sie aufseiten der ArbeitnehmerInnen zu katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Darüber hinaus ist der Aufbau einer SWZ keine Garantie, dass neue Arbeitsplätze entstehen. Ein drastisches Beispiel sind die in den 1990er Jahren errichteten SWZ in Namibia. Anstatt der von der Regierung erwarteten 25.000 Arbeitsplätze wurden lediglich 400 geschaffen – und diese unter miserablen Bedingungen.

Weitere Probleme entstehen, wenn Regierungen für Sonderwirtschaftszonen niedrige Umweltstandards vorschreiben. In vielen SWZ werden Grundwasser, Flüsse, Seen und Meere durch ungereinigte Abwässer verschmutzt, ungefilterte Abgase verunreinigen die Luft und Böden werden durch Chemikalien verseucht. Die Folgen für Mensch und Umwelt reichen dabei weit über die Grenzen der SWZ hinaus.

Auch rein wirtschaftlich gesehen, haben SWZ oftmals nicht die erwarteten Effekte gezeigt. Die Steigerung der Deviseneinnahmen, wie Erfahrungen aus China zeigen, wurde durch das Prinzip des Round Tripping ausgehöhlt. Hierbei überweisen inländische Unternehmen Geld an Ableger in Steueroasen, um es dann von dort als vermeintliche ausländische Direktinvestition in die SWZ zu investieren und somit von den unternehmerischen Vorteilen profitieren. Den Deviseneinnahmen steht also ein entscheidender Kapitalabfluss gegenüber und inländische Unternehmen ziehen es vor, sich durch (illegale) Umwege in den SWZ niederzulassen als in „normale“ steuerpflichtige Standorte im Land zu investieren. Ferner trägt die Steigerung der Exporte zu einer verschärften Export- und Weltmarktabhängigkeit bei und macht Länder noch anfälliger für globale Krisen wie bspw. im Jahr 2009.

(Vgl. Kerkow / Martens 2010)

Industriecluster und Sonderwirtschaftszonen (SWZ)

Der Trend, Industriecluster aufzubauen, ist nicht nur im Privatsektor festzustellen, sondern wird insbesondere von offizieller Seite im großen Stil praktiziert. Angelehnt an das chinesische Entwicklungsmodell, finden Großinvestitionen in den Industriesektor zunehmend in der Errichtung von SWZ ihren Ausdruck (vgl. IWF 2011: 20f.). China sammelt bereits seit den 1970er und 1980er Jahren Erfahrungen mit SWZ. Die ersten SWZ wurden in den Küstenregionen Chinas in Shenzhen, Zhuhai, Shantou und Xiamen errichtet. Nach einem bescheidenen Start entwickelten sie sich ab den 1990er Jahren als Motor des einsetzenden Wirtschaftsbooms. Heute sind in China über 100 SWZ vorzufinden – von Industrie- und Technologieparks, über Entwicklungszentren und ganzen Regionen, die als Freihandelszonen deklariert wurden (vgl. Bräutigam / Xiaoyang 2011: 30).



Fabrik in Sonderwirtschaftszone in Shenzhen,
Foto: Fang HSIEH/Flickr.com

Obwohl sich die im Kasten dargestellten Rahmenbedingungen auch für China nicht wegdiskutieren lassen, hat dieses Entwicklungsmodell China rein wirtschaftlich gesehen über die Jahre deutliche Entwicklungsimpulse beschert. Nun wird dieses Modell im Zuge des chinesischen Engagements nach Afrika exportiert. Vermutlich werden die mit den SWZ in Verbindung stehenden negativen Aspekte wie Umweltzerstörung, schlechte Arbeitsbedingungen und Lohndumping (begünstigt durch die als Anreiz gesetzten niedrigen Standards) in Afrika nicht ausbleiben. Dennoch werden die SWZ von offizieller Seite aus als afrikanisch-chinesische Win-win-Situation gefeiert. China will seine arbeitsintensive Industrie in Staaten mit niedrigen Löhnen auslagern und damit Kosten sparen, während in Afrika Jobs geschaffen werden und eine Transformation von Agrar- zu Industrienaationen nach dem Modell China angestoßen wird (vgl. ARI 2013: 2; Yifu / Wang 2014: o.S.).³

Chinas Afrikastrategie spiegelt sich in der Errichtung von SWZ deutlich wider (vgl. Bräutigam / Xiaoyang 2011: 36). Bei der Entscheidung zum Bau der SWZ spielten politische Gründe, wie die Ausweitung der Einflussosphäre und der Bewerbung des chinesischen Entwicklungsmodells eine Rolle, doch wirtschaftliche Interessen standen im Vordergrund. Während sich die chinesischen Staatsunternehmen der strategischen Aufgabe widmen, Ressourcen zu sichern, geht die Motivation hinter Investitionen von KMU auf Effizienzoptimierung, d.h. geringen Produktionskosten durch billige Arbeitskräfte, und Zugängen zu lukrativen Absatzmärkten zurück (vgl. Gu 2011: 15; Shen 2013: 19). In China stiegen im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs die Lohnkosten in den stark industrialisierten Küstenregionen, daher werden nun zunehmend arbeitsintensive Industrien, wie die Textil- oder Lederindustrie in Niedriglohnländer nach Südostasien und nun auch nach Afrika ausgesiedelt. Diese Dynamik wird von offizieller Seite vorangetrieben. China versucht, einen Strukturwandel in der eigenen Industrie anzustoßen. Man will weg von der billigen, arbeitsintensiven und wenig konkurrenzfähigen Produktionsindustrie und hin zu einer innovationsgeleiteten High-Tech-Industrie (vgl. Bräutigam / Xiaoyang 2011: 30 f.; Lee 2012: o.S.; Sun 2014: 6). Weitere Gründe für Investitionen in Afrika sehen KMU in der Umgehung von Einfuhrbeschränkungen auf ihre Produkte in die USA oder die EU. Durch eine Verlagerung der Produktionsstätten werden chinesische zu afrikanischen Produkten, die Handelsvorzugsbedingungen in die USA und die EU genießen (vgl. Bräutigam / Xiaoyang 2011: 36). Die Nähe zu Rohstoffen und weniger Konkurrenzdruck (im Gegensatz zur heimischen Ökonomie in China) sind weitere Argumente für chinesische KMU, um in Afrika zu investieren (vgl. Gu 2009: 577).

Chinesische SWZ und ihr Potential

Chinas SWZ in Afrika unterscheiden sich von herkömmlichen SWZ: Letztere wurden in der Regel von den jeweiligen Regierungen errichtet und finanziert. Anschließend wurden ausländische Investitionen mit einer vollständig bereitgestellten Infrastruktur und den bereits genannten Anreizpaketen gelockt. Bis auf wenige Ausnahmen, sind die bisherigen SWZ in Afrika jedoch gescheitert. Eine hohe Fluktuation der Unternehmen, schlechte Infrastruktur, Missmanagement und falsche Investitionsanreize hinterließen staatliche Schuldenberge, Tausende Arbeitslose und ökologische Schäden ohne wesentliche ökonomische Mehrwerte mit sich gebracht zu haben (vgl. Kerkow / Martens 2010: 19f.; Aliyu 2011: o.S.; Bräutigam / Farole / Xiaoyang 2010: 2). Nun nehmen chinesische Firmen das Design, den Bau und den Betrieb selbst in die Hand – abgesehen von wenigen Fällen, in denen kleinere Joint Ventures mit lokalen Partnern eingegangen wurden. Vor dem Hintergrund der „go global“ Politik (siehe Kap. 3.1) werden die chinesischen Unternehmen dabei finanziell und diplomatisch von offizieller Seite unterstützt (vgl. Bräutigam / Xiaoyang 2011: 33ff.).

Bei Investitionen in die Industrie tun sich Chancen auf, viele Arbeitsplätze zu schaffen und die Industrialisierung in Afrika voranzutreiben (vgl. Bräutigam / Farole / Xiaoyang 2010: 1). Insbesondere bei den KMU ist das Gros der Beschäftigten afrikanischer Herkunft und oft stammt aber nur die Managementebene aus China (vgl. Gu 2011: 20).

Aufgrund der direkten Einbindung Chinas in den Bau der SWZ könnte sich die Volksrepublik als langfristiger und verlässlicher Partner etablieren (vgl. Bräutigam / Farole / Xiaoyang 2010: 5). Maßgeblich für den Erfolg der SWZ aus afrikanischer Sicht wird hingegen die Fähigkeit der jeweiligen afrikanischen Regierungen sein, neben China weitere ausländische Investoren anzuziehen um nicht in eine einseitige Abhängigkeit zu geraten. Außerdem müssen die afrikanischen Staaten beweisen, dass sie die notwendigen Rahmenbedingungen für ein gutes unternehmerisches Umfeld bereitstellen können. Das bedeutet, für eine zuverlässige Infrastruktur (Elektrizitäts- und Wasserversorgung, Straßen zu den SWZ) zu sorgen und insbesondere politische Stabilität und Sicherheit

³ Derzeit befinden sich fünf chinesische SWZ im Bau, jeweils eine in Äthiopien, Sambia und Mauritius, und zwei in Nigeria. Eine SWZ in Ägyptens Suez-Region ist bereits vollständig in Betrieb. Die Größen der SWZ variieren zwischen 2 km² und 100 km² und ihre sektorale Ausrichtung reicht von der Herstellung von Textilien, Automobilteilen, Telekommunikationsprodukten und Möbeln über Ölraffinerien bis zu Finanzdienstleistungen. Lediglich eine SWZ ist in der Weiterverarbeitung von Rohstoffen angesiedelt (vgl. Bräutigam/Xiaoyang 2011: 32).

zu garantieren (vgl. Shen 2013: 22f.). Am wichtigsten wird es jedoch sein, lokale Unternehmen in die Wirtschaftstätigkeiten der SWZ einzugliedern um somit die gewünschten Übertragungseffekte (spill-over) zu erreichen und zu verhindern, dass sich die SWZ als isolierte chinesische Wirtschaftsenklaven entwickeln

(vgl. Bräutigam / Farole / Xiaoyang 2010: 2). Zudem sollten afrikanische Regierungen nicht versäumen, Arbeits- und Umweltstandards durchzusetzen, um negative soziale und ökologische Folgen der SWZ, wie sie u.a. in China zu beobachten sind, einzudämmen (vgl. Aliyu 2011:o.S.).

5 Bewertung: Welche Entwicklungsimpulse werden gesetzt?

Eine generelle und einheitliche Beurteilung des Nutzens der Investitionen und des Engagements Chinas in Afrika ist kaum möglich. Viele der Kritikpunkte, die bezüglich des verstärkten chinesischen Engagements in Afrika vorgebracht werden, sind nicht von der Hand zu weisen: Ein wichtiger Grund für das Engagement Chinas in Afrika bleibt der Drang nach Rohstoffsisicherung, was sich nicht nur in der Handelsstruktur, sondern auch in den Investitionsvolumina widerspiegelt, die größten Summen fließen in Projekte im Primärsektor oder im Bereich Infrastruktur. Kritische Aspekte über einseitige Handelsbeziehungen, Raubbau an Ressourcen und vor allem auch mangelnde ökologische und arbeitsrechtliche Standards bei der Umsetzung von Projekten bleiben daher bestehen. Gleichzeitig ist die weit verbreitete Praxis, Kredite und Entwicklungshilfegelder an Warenlieferungen oder Aufträge an chinesische Unternehmen zu koppeln, aus entwicklungspolitischer Sicht ebenfalls fragwürdig. Das kann den notwendigen Technologietransfer und Aufbau eigener Industrien behindern, der Voraussetzung für den Ausbau der Wertschöpfung im eigenen Land wäre. Dies wird teilweise noch verschärft durch die vielen Importe billiger Konsumprodukte von oft minderer Qualität aus China. Der Import billiger Konsumprodukte aus China hat zwiespältige Wirkungen. Einerseits werden Produkte auch für ärmere KonsumentInnen erschwinglich, andererseits stellen die Importe eine Konkurrenz zur einheimischen Produktion dar, wodurch die Diversifizierung der heimischen Wirtschaft behindert wird (vgl. Odeh, 2013: 44). Die chinesische Billigkonkurrenz führte in einigen Staaten bereits zu massiven Arbeitsplatzverlusten, beispielsweise in der Textilindustrie in Südafrika, Lesotho und Nigeria oder in der Lederindustrie in Äthiopien und im Senegal.

Ob und welche Entwicklungsimpulse gesetzt werden, muss sich vor allem einer landesspezifischen Untersuchung unterziehen. Da, wo sich für afrikanische Autokraten neue Finanzierungsquellen auftun und sie damit ihr Regime stärken können, ohne politische Reformen einzuleiten (wie dies oft von westlichen Gebern verlangt wird) sind Entwicklungsimpulse sehr fragwürdig. Natürlich kann auch hier der Bau einer Straße den Zugang von HändlerInnen oder kleinbäuerlichen Familien zu neuen Märkten verbessern. Solche Verbesserungen müssen aber gegen mögliche Verschlechterungen abgewogen werden, die bspw. durch zusätzliche Repressionen oder eine Verschlechterung der Menschenrechtslage entstehen.

Allerdings gibt es „das eine China“ auch in Afrika nicht. Es treten große staatliche und halbstaatliche Unternehmen auf, die andere Strategien und Ziele verfolgen als kleinere privatwirtschaftliche Unternehmen. Erstere sind meist stärker vom Interesse an den Rohstoffen geleitet und werden dabei vom Staat unterstützt. Eine Kooperation mit autokratischen Regimen oder massive Importe von Materialien und Arbeitskräften aus China mögen hier häufiger auftreten als bei Investitionen privatwirtschaftlicher Unternehmen. Diese werden zwar auch vom Staat unterstützt, arbeiten aber beispielsweise stärker dezentral mit Investitionen in kleinerem Rahmen und oft auch mit mehr Materialien und Arbeitskräften aus der Region. Es sind gerade auch diese privatwirtschaftlichen Unternehmen aus China, die ihre Investitionen deutlich gesteigert haben und in andere Sektoren investieren. Sie sorgen dafür, dass die chinesischen Direktinvestitionen heute mehr und mehr auch den Dienstleistungssektor und das produzierende Gewerbe umfassen. Während die größten Einzelsummen vor allem im

Rohstoff- und Infrastrukturbereich eingesetzt werden, ist die Anzahl der Projekte im Dienstleistungssektor und produzierendem Gewerbe sehr viel größer.

Das hat u.a. mit der eigenen Entwicklung in China zu tun. Denn Hintergrund der chinesischen Afrikapolitik ist es auch, den eigenen Entwicklungspfad nachhaltiger zu gestalten. Dazu gehört das Ausgliedern von Produktionsprozessen, die besonders schmutzig oder extrem arbeitsintensiv sind, bzw. nur eine geringe Wertschöpfung versprechen. Denn im Zuge der rasanten Wirtschaftsentwicklung in China sind auch die Arbeitskosten deutlich angestiegen und grassierende Umweltprobleme haben das Bestreben nach einer nachhaltigeren Entwicklung gestärkt. China selbst kann sich dann stärker auf die Entwicklung neuer High-Tech Technologien konzentrieren (vgl. Kim, 2014: o.S.).

Dies birgt die Gefahr, dass Afrika immer weiter auf seine Rolle als Rohstofflieferant und Billiglohnsektor festgeschrieben wird, kann aber andererseits eine große Chance sein. Denn Afrika hat angesichts der überwie-

gend jungen Bevölkerung einen sehr hohen Bedarf an Arbeitsplätzen. Die relative Nähe zu wichtigen Ressourcen ist ein weiterer Standortvorteil. Um Fehlentwicklungen Chinas hier nicht zu wiederholen, mit denen der extreme Preisdruck auf den Weltmärkten oft einhergeht, ist die nationale Regierung des jeweiligen Standortes gefragt. Die Voraussetzungen für einen nachhaltigeren Entwicklungspfad sind heute besser als früher, da mehr umweltfreundliche Technologien marktreif und vergleichsweise günstig zur Verfügung stehen. Auch haben vor allem die am wenigsten entwickelten Länder in Afrika im Zuge zunehmender Klimafinanzierung gute Finanzierungsmöglichkeiten für die Anwendung solcher Technologien (vgl. china-africablog.com vom 25.02.2013). Allerdings sind in etlichen afrikanischen Staaten die Voraussetzungen nicht immer vorhanden: Politische Instabilität, nicht selten korrupte und vornehmlich dem eigenen Wohl verpflichtete Macheliten, ein niedriges Bildungsniveau und ungünstige Rahmenbedingungen, darunter auch die schwache Infrastruktur, erschweren eine strukturelle Transformation.



Treffen die Investitionen Chinas in Afrika die Bedürfnisse des Kontinents?, Foto: Yardley/Flickr.com

Dennoch könnten die chinesischen Investitionen eine gute Ergänzung zu den Aktivitäten der westlichen Entwicklungszusammenarbeit sein, denn die sehr umfassenden Investitionen Chinas in Afrika entsprechen die Bedürfnisse des Kontinents. Während sich die traditionellen Geber in den vergangenen Jahren stärker auf die soziale Infrastruktur konzentriert und Aspekte der guten Regierungsführung einbezogen haben, um die Rahmenbedingungen für private Investitionen zu verbessern, wurden Investitionen in den Infrastrukturbereich lange vernachlässigt. Hier füllt das chinesische Engagement zentrale Finanzierungslücken. Viele ExpertInnen sehen daher das Engagement Chinas in der Gesamtsumme eher positiv: Neben den Investitionen in zentrale Bereiche wie Infrastruktur, könnte sich die neue Bedeutung, die dem ressourcenreichen Kontinent international zuteil wird, als positiv erweisen. Insgesamt hat Afrika dadurch eine internationale Aufwertung erfahren und konnte die Palette seiner Handelspartner ausweiten. Dies macht sich in etlichen Ländern durch höhere Wachstumsraten der Wirtschaft und einer größer werdenden Mittelschicht bemerkbar (www.europafrika.net 2010, Scholvin / Strüver 2013: 1).

Die Kombination aus großen Infrastrukturprogrammen mit der Errichtung von Industrieparks, beides Bereiche, die mit chinesischen Mitteln gefördert werden, könnte arbeitsintensive Industrien anlocken und Arbeitsplätze schaffen. In diesem Zusammenhang wird sogar den chinesischen Kombifinanzierungen eine positive Bedeutung zugemessen: Afrikanische Länder können mit dem Reichtum, den sie haben, den natürlichen Ressourcen, Kredite abbezahlen, mittels derer die so notwendige Infrastruktur gebaut wird. Kombiniert wird dies mit Investitionen in die Industrie und flankiert mit zuschussfinanzierten sozialen Projekten. So können Synergien geschaffen und Finanzierungsengpässe geschlossen werden. Allerdings müssen solche Finanzierungspakete einer klaren Kosten-Nutzen-Analyse unterliegen und die Verträge deutlich transparenter sein, als dies gegenwärtig der Fall ist, um Korruption zu vermeiden. Dies wiederum erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Projekte unterstützt werden, die wirtschaftlich am sinnvollsten sind oder dem Interesse des Empfängerlandes am meisten dienen, und verringert die Gefahr einer erneuten Überschuldungssituation einzelner Staaten (IWF 2011: 7f; Scholvin / Strüver 2013: 6). Zudem müssten die beiden Investitionsbereiche noch stärker miteinander gekoppelt und es müsste noch stärker darauf geachtet werden, dass vor allem von der Durchführung der Infrastrukturprojekte stärkere wirtschaftliche Impulse für die lokale Wirtschaft ausgehen und beispielsweise der

Import von Materialien und Arbeitskraft aus China reduziert wird (ECDPM 2014: 4, Scholvin / Strüver 2013: 6).

Hier sind vor allem auch die Regierungen in Afrika gefragt. Sie müssen Eigenverantwortung zeigen, um den maximalen Nutzen aus dem Engagement Chinas auch für sich zu ziehen. Partnerschaft auf Augenhöhe, wie sie von China immer wieder propagiert wird, kann letztlich nicht nur einseitig ausgerufen werden, sondern verlangt auch einen verantwortungsvollen Umgang mit den neuen Möglichkeiten seitens der afrikanischen Regierungen (Kim 2014: o.S.). Wollen die Länder aus den (vermutlich auch zukünftig) hohen Rohstoffpreisen Kapital schlagen, erfordert dies ein nachhaltigeres Ressourcenmanagement, gut verhandelte Verträge, eine umsichtige Haushalts- und Ausgabenpolitik, sowie mehr Transparenz und Partizipation. Andernfalls ist die Gefahr zu groß, dass die Abhängigkeit von Rohstoffen nur vergrößert wird und Korruption weiter um sich greift.

Das zunehmende Engagement Chinas in Afrika findet sich auch in den Produkten auf unseren Ladentischen wieder. Denn viele der Rohstoffe, die in das Top-Exportland China importiert werden, sind für die Produktion von Gütern bestimmt, die am Ende unserem Konsum dienen. Ob Elektronik, Spielzeug oder Textilwaren, an Billigproduktion aus China haben wir uns gewöhnt. Über viele Jahre haben zivilgesellschaftliche Gruppen in Deutschland und anderen westlichen Staaten zudem immer wieder auf die verheerenden Arbeitsbedingungen in Chinas Produktionsstätten aufmerksam gemacht. Auch die verheerenden Arbeitsbedingungen in den Förderminen in vielen Ländern in Afrika sind bekannt. Wenn chinesische Unternehmen nun auch verstärkt in den Industriesektor in Afrika investieren, wird damit eine Übertragung des chinesischen Entwicklungsmodells einhergehen, das auf billige Exportprodukte setzt. Öko- und Sozialstandards werden hier meist hinten angestellt. Um solche negativen Auswirkungen zu vermeiden, sollte neben dem Dreieckshandel zwischen Afrika, China und Europa auch eine Dreieckskooperation von Regierungsstellen, Unternehmen, der Entwicklungszusammenarbeit und Nichtregierungsorganisation treten, um negative Auswüchse einzudämmen.

Literaturverzeichnis

- ARI (Africa Research Institute) (2013): Ambassador Zhong Jianhua China's Special Representative on African Affairs on Trade, Aid and Jobs. (The Conversation Series).
- Aliyu, Rafeeat (2011): The potential of Special Economic Zones (SEZs) in Africa. In: Consultancy Africa Intelligence. URL: <http://www.polity.org.za/article/the-potential-of-special-economic-zones-sezs-in-africa-2011-08-04> (letzter Zugriff: 05.06.2014)
- Bahamin, Poupak (2013): Democratic Republic of the Congo - A step back. Proposed changes in tax and ownership laws are worrying international investors. In: Mining Journal. 08/13.
- BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie) (2007): Rohstoffsicherheit – Anforderungen an Industrie und Politik. Ergebnisbericht der BDI-Präsidialgruppe »Internationale Rohstofffragen«.
- Beltrade (2008): RDC-China. In: Beltrade Nr. 15. August/September 08.
- Bräutigam, Deborah/ Farole, Thomas/ Xiaoyang, Tang (2010): China's Investment in African Special Economic Zones: Prospects, Challenges, and Opportunities. (Economic Premise 05/10) Poverty Reduction and Economic Management (PREM) Network – World Bank.
- Bräutigam, Deborah/ Xiaoyang, Tang (2011): African Shenzhen: China's special economic zones in Africa. In: Journal of Modern African Studies 01/11. S. 27-54.
- Bräutigam, Deborah (2013): Chinese Investment in Africa: How Much? In: China in Africa: The Real Story. Digging into the myths and realities. URL: <http://www.chinaafricarealstory.com/2013/09/chinese-investment-in-africa-how-much.html> (letzter Zugriff: 21.07.2014)
- Cissé, Daouda (2013); Forum: China's engagement in Africa: opportunities and challenges for Africa; in: Centre for Chinese Studies. University of Stellenbosch (Hrsg.), African East Asian Affairs – The China Monitor; Johannesburg, S. 72-90.
- Cissé, Daouda/Kim, Yejoo (2013): China in Africa: Shifting gears and new challenges. In: CCS: China-Africa Relations 2013 - Annual report. S. 15-17. Centre for Chinese Studies. University of Stellenbosch. Stellenbosch/Johannesburg.
- Copley, Amy/Sy, Amadou (2014): Chinese Premier Li Keqiang's Visit to Africa: A (Rail)road to Success in Sino-African Relations? In: Brookings Blog. Africa in Focus. URL: <http://www.brookings.edu/blogs/africa-in-focus/posts/2014/05/14-li-keqiang-africa-china-sy> (letzter Zugriff: 21.07.2014)
- Davies, Martyn in Zusammenarbeit mit Hannah Edinger, Nastasya Tay & Sanusha Naidu (2008): How China delivers development assistance to Africa. Centre for Chinese Studies. University of Stellenbosch. Stellenbosch/Johannesburg.
- DERA (Deutsche Rohstoffagentur) (2012): DERA Rohstoffinformationen 13. Deutschland – Rohstoffsituation 2011. URL: http://www.deutsche-rohstoffagentur.de/DE/Gemeinsames/Produkte/Downloads/DERA_Rohstoffinformationen/rohstoffinformationen-13.pdf (letzter Zugriff 01.08.2013)
- Dhliwayo, Rutendo (2012): A continent vs. a country: China putting strain on Africa's clothing and textile industries. In: Consultancy Africa Intelligence. URL: http://www.consultancyafrica.com/index.php?option=com_content&view=article&id=1111:a-continent-vs-a-country-china-putting-strain-on-africas-clothing-and-textile-industries-&catid=82:african-industry-a-business&Itemid=266 (letzter Zugriff: 22.07.2014)
- Edinger, H. (2008): China's deep pockets for the DRC. In: China Business Frontier 06/08. S. 4-5.
- Estache, Antonio (2010): Infrastructure finance in developing countries: An overview. In: EIB Papers. 02/10. S.62-88. http://www.eib.org/attachments/efs/eibpapers/eibpapers_2010_v15_n02_en.pdf#page=62 (letzter Zugriff: 23.07.2014)
- Europafrika 2010: Courier magazine interview with Prof. Ian Taylor, Expert on "China-Africa relations: Lessons for the EU. URL: <http://europafrika.net/2010/05/12/courier-magazine-interview-with-prof-ian-taylor-expert-on-china-africa-relations-lessons-for-the-eu/>
- FOCAC (Forum on China-Africa Cooperation) (2012a): Beijing Declaration of the Fifth Ministerial Conference of the Forum on China-Africa Cooperation (2012). URL: <http://www.focac.org/eng/dwjbzbjhhys/hywj/t954245.htm> (letzter Zugriff: 05.06.2014)

- FOCAC (2012b): Beijing Action Plan of the Fifth Ministerial Conference of the Forum on China-Africa Cooperation (2013-2015) URL: <http://www.focac.org/eng/zxxx/t954620.htm> (letzter Zugriff: 05.06.2014)
- FOCAC (2014) URL: <http://www.focac.org/eng/> (letzter Zugriff: 05.06.2014)
- Fourie, Elsje (2012): New Maps for Africa? Contextualising the 'Chinese Model' within Ethiopian and Kenyan Paradigms of Development; Dissertation, School of International Studies, University of Trento, September 2012.
- GTIS (Global Trade Information Services) (2013): Global Trade Atlas 2013.
- Gu, Jing (2009): China's Private Enterprises in Africa and the Implications for African Development. In: *European Journal for Development Research*. 04/09. S. 570–587.
- Gu, Jing (2011): The Last Golden Land: Chinese Private Companies Go to Africa. (IDS Working Paper 365).
- Holslag, Jonathan (2007): China's resources and energy policy in Sub-Saharan Africa. Report for the Development Committee of the European Parliament. Vrije Universiteit Brussel. Brussels. URL: http://www.vub.ac.be/biccs/documents/Report__2007__China_and_Africa__with_country_fact_files.pdf (letzter Zugriff: 20.07.2014)
- IWF (Internationaler Währungsfonds) (2011): New Growth Drivers for Low-income Countries: the Role of the BRICs. Washington.
- Jansson, Johanna (2013): The Sicomines agreement revisited: prudent Chinese banks and risk-taking Chinese companies. In: *Review of African Political Economy*. Jg.40. H. 135. S.152-162.
- Kerkow, Uwe / Martens, Jens (2010): Sonderwirtschaftszonen – Entwicklungsmotoren oder teure Auslaufmodelle der Globalisierung? (Arbeitspapier). DGB Bildungswerk BUND/ Global Policy Forum Europe/ terre des hommes.
- Kim, Yejoo (2014): China's promises to Africa. (CCS Commentary) Centre for Chinese Studies. University of Stellenbosch. Stellenbosch/Johannesburg.
- Kushner, Jacob (2013): China's Congo Plan: What the Next World Power Sees in the World's Poorest Nation. URL: <http://pulitzercenter.org/projects/congo-china-economy-development-investments-rich-minerals> (letzter Zugriff: 23.07.2014)
- Lee, Bernice, Felix Preston, Jaakko Kooroshy, Rob Bailey and Glada Lahn - See more at: <http://www.chathamhouse.org/publications/papers/view/187947#sthash.WA0SeZza.dpuf> (2012): Resources Futures. (A Chatham House Report)
- Lee, Felix (2012): China will nicht mehr billig, billig. In: *Zeit-online China Blog*. URL: <http://blog.zeit.de/china/2012/10/23/china-will-nicht-mehr-billig-billig/> (letzter Zugriff: 06.06.14)
- Merkel, Angela (2006): Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der Konferenz »Globalisierung fair gestalten«, 22.11.2006.
- Morazan, Pedro / Franziska Müller (2014): BRICS als neue Akteure der Entwicklungspolitik; SÜDWIND.
- Ndii, David (2014): New railway is not value for money; *Daily Nation*, 14.02.2014. URL: <http://www.nation.co.ke/oped/Opinion/New-railway-is-not-value-for-money-/-/440808/2207034/-/wgmkw/-/index.html> (letzter Zugriff: 30.07.2014)
- Odeh Lemuel Ekedegwa (2013): Sino-Nigeria investments: prospects and challenges 1971-2010. In: *Centre for Chinese Studies. University of Stellenbosch (Hrsg.), African East Asian Affairs – The China Monitor; Johannesburg*, S. 24-49.
- OECD (Organization for Economic Co-operation and Development) (2008): *OECD Investment Policy Reviews: China 2008*.
- OECD (2012): *OECDStat. FDI flows by partner country*. URL: http://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=FDI_FLOW_PARTNER# (letzter Zugriff: 23.07.2014)
- OECD (2013): *Development Co-operation Report 2013: Ending Poverty*, OECD Publishing. URL: http://www.oecd-ilibrary.org/development/development-co-operation-report-2013_dcr-2013-en (letzter Zugriff: 24.07.2014)

- Okeowo, Alexis (2013): China, Zambia, and a clash in a coal mine. In: The New Yorker. URL: <http://www.newyorker.com/online/blogs/currency/2013/10/china-zambia-and-a-clash-in-a-copper-mine.html> (letzter Zugriff: 15.07.2014)
- RDC – Ministère des Finances (2007): Contrat entre la SNEL et les partenaires locaux. URL: http://www.minfinrdc.cd/contrats/snel_part_locaux.pdf (letzter Zugriff: 20.01.2010).
- Scholvin, Sören/Strüver, Georg (2013): Infrastrukturprojekte in der SADC-Region: die Rolle Chinas. (GIGA Focus 02/13).
- Shen, Xiaofang (2013): Private Chinese Investment in Africa. Myths and Realities. (Policy Research Working Paper 6311). World Bank.
- Sibaud, Philippe (2012): Opening Pandora's Box: The New Wave of Land Grabbing by the Extractive Industries and the Devastating Impact on Earth. The Gaia Foundation. URL: http://www.communitymining.org/attachments/251_MiningLandGrabbingPandorasboxlowres.pdf?phpMyAdmin=cde87b62947d46938306c1d6ab7a0420 (letzter Zugriff: 23.07.2014)
- Strange Austin/Bradley Parks/Michael J. Tierney/Andreas Fuchs/Axel Dreher/Vijaya Ramachandran (2013): China's Development Finance to Africa: A Media-Based Approach to Data Collection. (Working Paper 323). Center for Global Development.
- Strange Austin/Bradley Parks/Michael J. Tierney/Andreas Fuchs/Axel Dreher (2014): Tracking Under-Reported Financial Flows: China's Development Finance and the Aid-Conflict Nexus Revisited. (Discussion Paper Series Nr. 553) University of Heidelberg. Department of Economics.
- Sun, Yun (2014): Africa in China's foreign policy. John L. Thornton China Centre and Africa Growth Initiative. Washington. URL: http://www.brookings.edu/~media/research/files/papers/2014/04/africa%20china%20policy%20sun/africa%20in%20china%20web_cm7.pdf (letzter Zugriff: 23.07.2014)
- Tapula, Tobela (2013): China's involvement in resource extraction in Africa: the South African case. In: CCS: China-Africa Relations 2013 - Annual report. S. 18-19. Centre for Chinese Studies. University of Stellenbosch. Stellenbosch/Johannesburg.
- The People's Republic of China - Information Office of the State Council (2013): White Paper on China-Africa Economic and Trade Cooperation 2013.
- UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) (2007): World Investment Report 2007 – Transnational Corporations, Extractive Industries and Development. URL: http://www.unctad.org/en/docs/wir2007_en.pdf (letzter Zugriff: 26.04.2011).
- UNCTAD (2012): UNCTADStat. Foreign direct investments. URL: <http://unctadstat.unctad.org/wds/ReportFolders/reportFolders.aspx> (letzter Zugriff: 23.07.2014)
- UNCTAD (2013): World Investment Report 2013. New York.
- Yifu, Lin, J./ Wang, Y. (2014): China-Africa win-win strategy for job creation and transformation. In: GREAT Insights. Jg. 3. 04/14.
- Yuemei Group (2014): Overseas Investment. URL: <http://www.chinayuemei.com/en/productsinfo.aspx?id=189> (letzter Zugriff 03.07.2014)

Bitte schicken Sie mir:

- Publikation (Titel eintragen)
-
- Exemplare des SÜDWIND-Faltblatts (Anzahl):
- Informationen zur Stiftung SÜDWIND
- Einen aktuellen Jahresbericht
- Eine Publikationsliste
- Bitte setzen Sie mich auf den Verteiler für den Newsletter und weitere Informationen.

Meine E-Mail-Adresse:

Schicken Sie das Material an folgende Adresse:

Name, Vorname

Ggf. Institution

Straße, Haus-Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Mitmachen!

Wir leben von der Unterstützung unserer Mitglieder und FördererInnen. Setzen Sie sich mit SÜDWIND für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit ein. Wir möchten unabhängig bleiben, auch unbequeme Fragen stellen und nicht nur einfache Antworten geben. Bitte helfen Sie uns dabei.

Über unsere Veröffentlichungen erhalten Sie Anregungen dazu, was Sie selbst im alltäglichen Leben tun können, um sich gegen Armut und Ungleichheit einzusetzen. Wir bieten einen Einblick in aktuelle Forschungsergebnisse und berichten über die Arbeit von SÜDWIND mit zusätzlichen Hintergrundinformationen. Mit Hilfe unserer Stiftung SÜDWIND wird die Arbeit von SÜDWIND aus den Zinserträgen des Stiftungsvermögens gefördert. Die Stiftung legt ihr Geld nach strengen ethischen und ökologischen Kriterien an.

Unsere Mitglieder und Förderer haben die Möglichkeit, die Arbeit von SÜDWIND mit zu gestalten. So tragen wir Themen und Forderungen im Namen unserer Mitglieder in Netzwerke, Gesellschaft und Politik.

Machen Sie mit!

Geldanlagen und Entwicklungsförderung

Ja, ich möchte Mitglied bei SÜDWIND e.V. werden!

Vorname, Name

E-Mail

- Lastschriftinzug
- Überweisung
- Rechnung

Die Abbuchung soll erfolgen

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

Der Mindestbeitrag beträgt für Privatpersonen jährlich 70 €.

- 70
- 100
- 140
- 210
- anderer Beitrag

Der Mindestbeitrag beträgt für Institutionen jährlich 250 €.

- 250
- 500
- anderer Beitrag

Der Mindestbeitrag beträgt für Fördermitglieder jährlich 25 €.

- anderer Beitrag

Sie erhalten in Kürze eine schriftliche Bestätigung Ihrer Mitgliedschaft. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Ort, Datum

Unterschrift(en)

WC 13026

SEPA-Lastschriftmandat (SEPA Direct Debit Mandate)
für SEPA-Basis-Lastschriftverfahren/for SEPA Core Direct Debit Scheme

Name und Anschrift des Zahlungsempfängers (Gläubiger)
SÜDWIND e.V. · Kaiserstraße 201 · 53113 Bonn

Gläubiger-Identifikationsnummer (CI/Creditor Identifier)
DE27ZZZ00000033336

Mandatsreferenz
wird nachgereicht

SEPA-Lastschriftmandat

Ich/Wir ermächtige(n) SÜDWIND e.V. Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise(n) ich/wir mein/unser Kreditinstitut an, die von SÜDWIND e.V. auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber (Vorname, Name)

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Kreditinstitut

BIC

IBAN

Ort, Datum

Unterschrift(en)

SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201
53113 Bonn

Tel.: +49 (0) 228-76 36 98-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

IBAN DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC GENODED1DKD
Umsatzsteuer: DE169920897

Bitte hier abtrennen und an SÜDWIND senden oder faxen.

Partnerschaft auf Augenhöhe?

Die Rolle Chinas in Afrika.

China hat sich in den vergangenen Jahren zu einem der wichtigsten Handelspartner Afrikas entwickelt. Seit rund zehn Jahren wird nun kontrovers darüber diskutiert, welche Auswirkungen das verstärkte Engagement chinesischer Regierungsstellen und Unternehmen auf dem afrikanischen Kontinent haben. Einerseits gibt es massive Kritik an den Geschäftsgebaren einiger Unternehmen oder an der Vergabe von Krediten an umstrittene Regime. Andererseits hoffen viele Menschen auf dem afrikanischen Kontinent darauf, dass Investitionen aus China dazu beitragen, ihre Situation zu verbessern. Die vorliegende Broschüre beleuchtet die Aus-

wirkungen des Ausbaus der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Afrika und China für verschiedene Sektoren. Bei der Analyse wird schnell deutlich, dass es „das eine China“ nicht gibt. Unterschiedliche Akteure haben unterschiedliche Interessen und setzen unterschiedliche Akzente.

Bezug:
SÜDWIND e.V. – Institut für
Ökonomie und Ökumene
Preis: 5,00 Euro
Ab 10 Exemplaren: 3,00 Euro
(zuzüglich Versandkosten)



SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201
53113 Bonn

Tel.: +49 (0) 228-76 36 98-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

IBAN DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC GENODED1DKD
Umsatzsteuer: DE169920897